

7. Wahlen

Wahlen

a) des LANDESVORSITZENDEN

Den Delegierten lag folgender Wahlvorschlag vor: Johannes Rau. Weitere Wahlvorschläge wurden nicht eingereicht.

Die Wahl hatte folgendes Ergebnis:

Stimmberechtigt	312
abgegebene Stimmen	307
davon gültig	307
Ja-Stimmen	293
Nein-Stimmen	12
Enthaltungen	2

Damit war Johannes Rau zum Landesvorsitzenden gewählt.

b) der STELLVERTRETENDEN LANDESVORSITZENDEN

Die Wahl der stellvertretenden Landesvorsitzenden erfolgte auf Vorschlag des Präsidiums und mit Einverständnis der Delegierten in einem Wahlgang, aber mit getrennten Stimmzetteln.

Den Delegierten lagen folgende Wahlvorschläge vor: Antje Huber, Christoph Zöpel. Weitere Wahlvorschläge wurden nicht eingereicht.

Die Wahl hatte folgendes Ergebnis:

	Antje Huber	Christoph Zöpel
Stimmberechtigt	312	312
abgegebene Stimmen	309	309
davon gültig	307	307
ungültig	2	2
Ja-Stimmen	261	214
Nein-Stimmen	32	68
Enthaltungen	14	25

Damit waren Antje Huber und Christoph Zöpel zu stellvertretenden Landesvorsitzenden gewählt.

c) der BEISITZER

Den Delegierten lag ein Vorschlag für die Wahl der Beisitzer vor. Weitere Wahlvorschläge erfolgten nicht. Die Bewerber stellten sich dem Landesparteitag persönlich vor.

Der Stimmzettel bot sowohl die Möglichkeit, den Wahlvorschlag der Gesamtliste anzunehmen oder abzulehnen als auch ein Votum für jeden einzelnen Kandidaten abzugeben.

Die Wahl hatte folgendes Ergebnis:

Stimmberechtigt	313
abgegebene Stimmen	310
davon gültig	299
ungültig	11

Mit Ja stimmten für

Franz-Josef Antwerpes	182
Friedhelm Farthmann	277
Reinhard Grätz	198
Helmut Hellwig	216
Waltraud Hessodenz	253
Werner Kuhlmann	220
Rainer Macdge	239
Rudi Maerker	168
Horst Niggemeier	169
Diether Posser	288
Helga Schmedt	248
Hans Schwier	211
Hilmar Selle	176
Gerd Wendzinski	213
Fritz Ziegler	210

Damit waren alle Kandidaten gewählt.

d) eines Mitglieds des PARTEIRATES

Den Delegierten lag folgender Wahlvorschlag vor: Christoph Zöpel. Weitere Wahlvorschläge erfolgten nicht.

Die Wahl hatte folgendes Ergebnis:

Stimmberechtigt	313
abgegebene Stimmen	272
davon gültig	271
ungültig	1
Ja-Stimmen	181
Nein-Stimmen	80
Enthaltungen	10

Damit war Christoph Zöpel in den Parteirat gewählt.

e) der LANDESKONTROLLKOMMISSION

Den Delegierten lag ein Vorschlag für die Wahl der Landeskontrollkommission vor. Weitere Vorschläge erfolgen nicht.

Die Wahl hatte folgendes Ergebnis:

Stimmberechtigt	313
abgegebene Stimmen	247
davon gültig	242
ungültig	5

Mit Ja stimmten für

Max Archimowitz	237
Hans Kalkbrenner	226
Karl Mirus	233
Wilfried Mittelberg	241
Rainer Verhoeven	240

Damit waren alle Kandidaten gewählt.

Alle Genossinnen und Genossen nahmen die Wahl an.

Johannes R A U :

„Liebe Genossinnen und Genossen,

ich möchte mich ganz herzlich bedanken dafür, daß Ihr Christoph Zöpel, Antje Huber und mich in unseren gegenwärtigen Funktionen bestätigt habt.

Ich will hinzufügen, daß mir auf der Ebene der unmittelbaren Landespolitik Christoph Zöpel vieles abgenommen hat, auch vieles Unangenehme und Schwierige. Ich danke ihm dafür.

Antjes Aufgabe, die sie bisher wahrgenommen hat und die sie weiter wahrnehmen wird, neben der stellvertretenden Vorsitzenden, nämlich die Brücke nach Bonn zu schlagen und dort für uns das Gespräch zu suchen und für uns zu stehen, wird in der vor uns liegenden Zeit noch wichtiger. Ich füge hinzu, daß das Stimmenergebnis, mit dem Ihr mich ausgestattet habt, meine kühnsten Hoffnungen übertroffen hat. Ich bin sicher, daß Ihr es als einen Vertrauensvorschuß für zwei schwere Jahre versteht. Daß Ihr mir so viel Vertrauen für diese zwei schweren Jahre gebt, dafür danke ich Euch ganz herzlich; denn wenn man weiß, daß die ganze Partei hinter ihrem Vorsitzenden steht, dann wird auch die härteste Arbeit keine lustlose Plackerei. Ich möchte eine solche harte Arbeit leisten.

Ich wäre aber unvollständig und — wie ich fände — auch nicht fair, wenn ich nicht bei dieser Gelegenheit sagte, daß um mich auch jenseits des Landesvorstandes eine Reihe von

Menschen sind, die mir die Doppelfunktion des Landesvorsitzenden und des Ministerpräsidenten erst möglich machen und die kein parteipolitisches Mandat haben. Ich meine in erster Linie meinen engsten Mitarbeiter, den Chef der Staatskanzlei, Herbert Schnoor, und die, die in meinem Büro als meine Mitarbeiter dafür sorgen, daß ich Tag für Tag in die Sielen kann. Das, was ich für mein Büro im engeren Sinn gesagt habe, was da an Entlastung geschieht, das gilt natürlich und das gilt in den letzten Monaten verstärkt für die, die diesen Parteitag vorbereitet haben: für Rainer Maedge, für die übrigen Geschäftsführer, für die Mitarbeiterinnen, die in den letzten Nächten durchgearbeitet haben und denen wir danken sollten dafür, daß sie in solchen Zeiten vor einem Parteitag unsere Arbeit erst möglich machen.

Jetzt kommt es darauf an, daß wir von diesem Ergebnis aus selbstbewußt und zuversichtlich, aber ohne die Meinung, wir hätten schon alles erreicht, an die Arbeit gehen. Das Wahlergebnis ist dafür eine gute Voraussetzung. Ich danke Euch. Ich gestehe, daß ich von der Zahl derer, die mich gewählt haben, überwältigt bin. Ich weiß, daß dies nach den Parteitagen '77 und '78 ein ganz neuer Anfang für uns alle werden kann, daß wir mit gebündelter Kraft in das Gespräch mit dem Bürger gehen können. Bitte helft mir und habt herzlichen Dank.“

8. Schlußwort

„Liebe Genossinnen und Genossen,

es wäre unbarmherzig, wenn ich diejenigen, die neun Stunden lang ausgehalten und mitgearbeitet haben, jetzt durch ein ausführliches und politisches Schlußwort zu „strafen“ versuchte. Ich werde diesen Versuch nicht machen, obwohl mir geraten worden ist, noch ein paar kämpferische Töne an den Schluß zu setzen. Aber wenn man neun Stunden so gearbeitet hat, wie wir das getan haben, dann hat man die Voraussetzung geschaffen für zwei Jahre erfolgreicher Politik, und dann braucht man keine bündelnden Formulierungen mehr.

Ich möchte allen ganz herzlich danken. Hört mir bitte noch die paar Minuten zu, die ich brauche, denn es sind ein paar Namen zu nennen und sie sollen nicht untergehen im Gekröse:

Ich meine, wir hätten zu danken Günter Samtlebe, Michael Geuenich und Erdmann Linde, die jahrelang im Landesvorstand mitgearbeitet und die nicht wieder kandidiert haben und deshalb dem Landesvorstand nicht mehr angehören.

Erdmann Linde hat eine neue, wichtige Aufgabe im Europäischen Parlament übernommen.

Günter Samtlebe hat als der SGK-Vorsitzende im Lande und als einer der drei Vorsitzenden im Bund besondere Verantwortung und Michael Geuenich ist im Gewerkschaftsbereich einer unserer wichtigsten Sprecher.

Wir sollten sie nicht ohne Dank gehen lassen, denn sie haben viel eingesetzt und viel investiert, und der Erfolg dieses Parteitagess ist auch ihr Erfolg.

Zweitens: Wir reden bei unseren Veranstaltungen viel zu selten von denen, denen wir zumuten, bei uns hauptamtlich tätig zu sein.

Mit der Entscheidung, die heute getroffen worden ist im Blick auf Rainer Maedge, die ihm die weitere Arbeit möglich macht und erleichtert, werden wir neue Kollegen im Landesbüro haben, nach dem Beschluß, den der Landesvorstand am vergangenen Montag getroffen hat.

Ihr wißt, Arthur Ebker, der anderthalb Jahrzehnte für uns gearbeitet hat, ist sehr krank gewesen, und es waren schwierige Umstände, die dazu geführt haben, daß er seinen Arbeitsplatz gewechselt hat. Ich meine, es sei mehr als eine Sache der Fairneß, es sei auch eine Sache der Dankbarkeit, daß wir ihm für seinen Einsatz, für seine Arbeit danken, ihm volle Genesung und ihm eine gute, ihn befriedigende Tätigkeit in einem anderen Bereich wünschen.

Einer bleibt auf seine Weise bei uns: Karl-Heinz Otten wird erster Mann im Bezirk Mittelrhein. Wir wünschen ihm für diesen neuen Aufgabenbereich alles Gute. Wir wissen, er ist im besten Sinne ein politischer Sekretär, der viel mehr tut, als seine Pflicht ist, und wir wissen, daß er uns auch in dieser neuen Aufgabe verbunden bleibt. Wir sagen ihm ein Wort herzlichen Dankes für die Arbeit, die er bei uns getan hat.

Gestern haben wir im Landesausschuß ein Buch überreicht. Aber wir sollten es hier am Schluß auch noch einmal sagen: Lothar Hentschel hatte gestern 25jähriges Dienstjubiläum als Parteisekretär. Das will etwas heißen in dieser Partei!

Und nun möchte ich denen danken, die hier eine schwierige Aufgabe als Präsidium gehabt und die unseren Parteitag so konzentriert geleitet haben. Das ist ja schon nicht mehr der Normalfall, daß der Parteitag am Schluß sagen kann, er habe alle Anträge behandelt und entschieden. Wir haben ja gelegentlich auch Antragshalden auf neue Parteitage hin übernommen.

Wir danken dem Präsidium herzlich und wir danken denen, die das in der Antragskommission möglich gemacht haben. Wir danken auch den Genossinnen und Genossen in der Mandatsprüfungs- und in der Zählkommission, die ihre schwierige Arbeit geleistet und die gleichzeitig als Delegierte ihre Aufgabe wahrgenommen haben.

Daß wir in der Stadt Herne waren, haben wir wenig gemerkt, weil wir immer hier in der Halle geblieben sind und weil es ja keine Auslaufpausen mehr gibt. Aber daß wir beim Unterbezirk Herne und in der Stadt Herne zu Gast waren, in der Stadt, die

das beste Europawahlergebnis für die SPD im Bundesgebiet gebracht hat, das werden wir nicht vergessen und wir grüßen die Herner und wünschen ihnen einen Erfolg, der über dem der letzten Kommunalwahl liegt, damit sie die Meßlatte abgeben für alle anderen im Lande.

Der Unterbezirk Herne hat uns Helfer zur Verfügung gestellt. Sie haben für den reibungslosen Ablauf gesorgt und ihre Namen stehen am Montag nicht in der Zeitung. Aber wir sollten ihnen danken: den 14 Helferinnen von der ASF und den 18 Helfern von der AfA, denen von den Falken, Herrn Dr. Wichler, der sich als Arzt hier an seinem dienstfreien Tag zur Verfügung gehalten hat, und den übrigen Helfern aus allen vier Bezirken und den Mitarbeitern des Landesbüros, denen wir in den letzten Tagen und Nächten viel zugemutet haben und ohne deren stille Arbeit dieser Parteitag nicht so hätte laufen können, wie er gelaufen ist.

Schließlich danken wir denen, die von Presse, Funk und Fernsehen hier gewesen sind; ihnen wollen wir am Montag noch einmal ganz herzlich danken, wenn wir ihre Berichte gelesen haben. Aber jetzt schon danken wir für die Vorarbeit und für die neun Stunden der Teilhabe und der Teilnahme, denn wir wissen: Eine politische Partei, die nicht über die Medien den Weg zum Bürger findet und die ihn nicht erreicht mit dem, was sie an Perspektiven, Aussagen und Botschaften hat, ist nichts wert.

Nun will ich gar nichts mehr aufgreifen von dem, was heute morgen gesagt worden ist.

Aber diese eine Sache, die will ich gerne noch einmal nennen, nämlich den Versuch, bis zum nächsten ordentlichen Landesparteitag 30 000 neue Mitglieder in die SPD hineinzunehmen; 330 000 – von mir aus auch die Schnapszahl 333 000 oder 333 333 (und alles, was darüber ist, nehmen wir hin und werden wir mit einer Prämie versehen), das wird doch wohl zu schaffen sein! Denn wir dürfen nicht bei den 300 000 bleiben, sonst holt die CDU uns ein an Mitgliedern, und das darf nicht geschehen. Die SPD hat in 115 Jahren immer bewiesen: Ihre eigentliche Kraft, das war nicht ihre Phantasie beim Ausschuchen von Werbeagenturen, sondern das war die Geschlossenheit und die Größe des Kreises der Mitglieder.

Ich habe den Eindruck, dies war nicht nur ein fleißiger Parteitag, sondern dies war auch ein Parteitag, der bei schwierigen Problemen – bei der Kernenergie und bei der Frage des Extremistenbeschlusses – die Fairneß untereinander nicht vergessen und der bei diesen schwierigen Diskussionen nichts ausgespart, nichts unter den Teppich gekehrt hat, der dennoch nicht mutwillig Zerreißproben gesucht, sondern Geschlossenheit gefunden hat.

Laßt uns diese Geschlossenheit bewahren in den nächsten zwei Jahren, laßt uns daran denken, auch bei überzeugenden Wahlergebnissen, die wir innerparteilich haben: Es ist nicht die Zahl, von der wir leben. Keiner von uns lebt von der Zahl, auch nicht von der, die er bei einem Wahlergebnis bekommen hat, so sehr ihn das freuen und ermutigen mag. Einige haben nach meiner persönlichen Meinung weniger bekommen als sie verdient hätten nach dem Arbeitseinsatz, den sie erbracht haben in den letzten zwei Jahren, und dies darf ich als meine persönliche Meinung sicher hier auch sagen.

Aber nicht unsere Mandatszahl, sondern wie eng wir beieinander stehen, wie sehr wir auf Tuchfühlungen gehen, wie sehr wir, um noch einmal ein Wort von Heinz Kühn aufzugreifen, „auf Nebenmann denken, statt auf Vordermann“ – davon hängt unser Wahlerfolg ab.

Am 30. September abends wollen wir feiern, daß die Bürger richtig entschieden haben. Heißt mit, daß sie es tun.

Und am 11. Mai wollen wir zeigen, daß wir nicht nur die soziale Kraft, sondern auch die stärkste Kraft in Nordrhein-Westfalen sind, und damit wollen wir die Tür auf tun für die neue Wahlperiode von Helmut Schmidt.

Es ist viel zu tun und wir fangen heute an, diese Arbeit in Angriff zu nehmen. Wir werden dabei nicht müde. Und wo einer müde wird, da wird ihn der Nebenmann ermuntern.

Herzlichen Dank.“

Presseschau

SPD VOR DEM PARTEITAG

Kommentar von Horst-Werner Hartelt / Westdeutscher Rundfunk, II. Programm
(15. Juni 1979)

Auch die Politik hat ihre Moden, mal Mini mal Maxi. Früher war es üblich, daß sich rechtzeitig vor Parteitag einflußreiche Politiker auf die Laufsteg begaben, um die Führungskollektion zu preisen, insbesondere mit der Absicht, dem jeweils zur Wiederwahl anstehenden Vorsitzenden ein Treuebekenntnis abzustatten und damit Stimmung und Stimmen zu machen. Heute ist dies anders, ganz anders, heute muß der Landesvorsitzende die Schau selbst inszenieren, wie in dieser Woche geschehen. Johannes Rau gewährte seinem obersten Parteiorgan ein Interview, blickte optimistisch auf den morgen in Herne stattfindenden SPD-Landesparteitag und sagte für sich selbst große Vertrauensbeweise voraus. Weil kein Gegenkandidat nominiert wurde, kann auch der Landesvorsitzende Rau mit seiner Wiederwahl rechnen, aber die Selbstankündigung gibt doch zu denken. Warum melden sich nicht die Stellvertreter, schließlich hat Frau Antje Huber einen guten Namen, und warum war nichts von dem sonst zu sprudelnden Dr. Christoph Zöpel zu hören? Beide Vize bewerben sich um die Wiederwahl, wie man weiß. Frau Huber hat eigentlich nichts zu fürchten, während Dr. Zöpel auf der Hut sein muß. Lange genug hieß es, Arbeitsminister Farthmann werde als Gegenkandidat antreten, und wenn er wirklich gewollt hätte, wäre Zöpel's Position ins Wanken geraten, denn der junge Doktor und Minister ist etlichen in der Partei zu fix, zu glatt, zu ehrgeizig. Ein lobreiches Wort von ihm an die Adresse des Landesvorsitzenden Rau hätte möglicherweise geschadet. Was nützt Rau, der sich morgen erstmals zur Wiederwahl stellt? Es ist sein Ministerpräsidentenamt, und sonst nichts. Der Regierungschef steht heute schon als SPD-Spitzenkandidat für die Landtagswahl 1980 so gut wie fest, die Partei muß ihn stützen, wenn sie nicht selbst stürzen will, denn die CDU-Opposition unter Heinrich Köppler ist stärker denn je, und Riemer's FDP leidet unter Muskelschwund. Die SPD in Nord-

rhein-Westfalen hat scheinbar den Wechsel von Heinz Kühn zu Johannes Rau doch besser verkraftet, aber die SPD macht dennoch nicht den Eindruck des kommenden Siegers. Wer die Europa-Wahl objektiv bewertet, wird zugeben müssen, daß die Sozialdemokraten eine Niederlage gerade in dem Land einstecken mußten, das seit 1960 für die Bundestagswahlen von ausschlaggebender Bedeutung für die sozialliberale Koalition war. Die sozialdemokratische Landesorganisation hat bei der Bewältigung des Auftrages, für eine solide Wahlbeteiligung unter den eigenen Anhängern zu sorgen, versagt, und mit der Einstellung von drei neuen Landessekretären neben einem neuen Landesobersekretär — den Titel Generalsekretär wollten die mächtigen Bezirksvorsitzenden niemandem zugestehen — ist ganz gewiß auch noch keine Garantie auf kommende Wahlsiege. Da hilft auch kein Seitenblick auf Westfalens CDU-Vorstand, der seinem Vorsitzenden Kurt Biedenkopf den Kopf wäscht, weil er eigenmächtig, wie immer, die Kanzlerkandidatenfrage mit sich allein entscheiden möchte. Da hilft auch nicht die Vermutung, CDU und CSU werden sich weit in ihrem Kampf um Strauß und Albrecht verzetteln und aufreiben. Die Anhänger der SPD wollen ihre Partei intakt sehen, wollen ihren Landesvorsitzenden als dominierende Führungskraft erleben. Konkret, im Vorfeld der Kommunalwahl am 30. September möchten die delegierten Herren wissen, wie die SPD mit den Grünen fertig wird, mit den kunterbunten selbsternannten Umweltschützern, die weiter auf dem Vormarsch sind. Die bedrohen SPD-Mehrheiten in Hochburgen und Rathäusern. Was sagt Johannes Rau dazu? Und was wird der Landesparteitag zum Rücktritt des Ministers Diether Deneke sagen, der ja wegen bedrückender Umweltschutzprobleme die Regierung Rau verlassen hat? Die 318 Delegierten von Herne sollten wissen, ein lapidärer Vertrauensbeweis für den Vorstand ist zu wenig.

Westfälische Nachrichten

Mehrheit für den Landesvorsitzenden Rau**SPD in NRW um Solidarität bemüht****Deutliche Kritik am Bündnispartner FDP**

Herne (Eig. Ber.). Mit einer überraschend großen Mehrheit von 293 gegen zwölf Stimmen bei zwei Enthaltungen hat der SPD-Landesparteitag am Wochenende in Herne NRW-Ministerpräsident Rau zum Landesvorsitzenden wiedergewählt. Zuvor hatte Rau die Einführung der Gesamtschule als „flächendeckende Angebotsschule“ als eine der Voraussetzungen für die Fortsetzung der SPD/FDP-Koalition nach 1980 bezeichnet.

Der Regierungschef, der angesichts des derzeitigen desolaten Zustandes der FDP offensichtlich einen härteren Kurs gegenüber dem Bündnispartner anschlagen will, meinte zwar, die Koalition „könne“ fortgesetzt werden. Gleichzeitig ließ er aber keinen Zweifel daran, daß die Voraussetzungen dafür noch geschaffen werden müßten. Raus Kritik an dem „öffentlichen Hin und Her“ war deutlich an die Adresse des FDP-Vorsitzenden Riemer gerichtet, dessen Taktieren noch längst beim 10. Pflichtschuljahr die Sozialdemokraten verärgert hatte. Wenn auch der Parteitag angesichts der bevorstehenden drei Wahlen (Kommunal-, Landtags- und Bundestagswahl) sichtlich bemüht war, ein Höchstmaß an Solidarität zu demonstrieren, so wurden trotzdem zahlreiche kritische Stimmen laut. Delegierte bemängelten, daß die SPD in ihrer Reformpolitik unglaubwürdig geworden sei und die bei der Partei nicht

ohne Grund mit der verbreiteten Voternwirtschaft identifiziert werde.

Nach mehrstündiger, teils hitziger Debatte wurde mit großer Mehrheit ein Initiativantrag des Landesvorstandes gebilligt, der zwar den Vorrang der heimischen Steinkohle betont, gleichzeitig aber den weiteren Ausbau der Kernenergie offenhält. Der Bau des geplanten Brennelemente-Zwischenlagers Ahaus soll nach dem Willen des SPD-Parteitages von drei Bedingungen abhängig gemacht werden: Gewähr für die Endlagerung des Atom Mülls an einem anderen Ort, Beteiligung des Bundes und der übrigen Länder an den Kosten, Nordrhein-Westfalens für die Steinkohle und Verpflichtung aller Bundesländer zum stärkeren Einsatz von Kohle für die Stromerzeugung.

Bei den Vorstandswahlen wurde Helga Schmedt (Stelnfurt) in den 15köpfigen Beirat berufen.

Westfälischer
Anzeiger und Kurier
Landesparteitag:

SPD in NRW rüstet zum Kampf um die Rathäuser

Herne (Anw.). Drei Monate vor den Kommunal- und knapp elf Monate vor den Landtagswahlen im bevölkerungsreichsten Bundesland hat die nordrhein-westfälische SPD ein Höchstmaß an Geschlossenheit demonstriert. Mit einem Stimmanteil von über 95 Prozent wurde Ministerpräsident Rau am Wochenende auf dem Parteitag in Herne als Chef des SPD-Landesverbandes bestätigt. Anschließend folgte die überwältigende Mehrheit der etwa 300 Delegierten dem vom Parteivorstand aufgezeigten Kurs zur Energiepolitik und Extremisten-Problematik.

Rau, der bei seiner Wiederwahl 293 und 307 abgegebenen Stimmen erhielt, nannte für seine Partei drei Ziele: Bei der Kommunalwahl am 30. September müsse Nordrhein-Westfalen „ein Land sozialdemokratischer Gemeinden“ werden, nach der Landtagswahl am 11. Mai 1980 müsse die SPD die stärkste Parlamentsfraktion stellen und im Oktober 1980 bei der Bundestagswahl dafür sorgen, daß Bundeskanzler Schmidt „mit einem noch größeren Vertrauensbeweis“ in Bonn weiterregieren könne.

Westfälischer
Anzeiger und Kurier

SPD in NRW stimmt für Kohle und Kernkraft

Ministerpräsident ruft die Partei zur Werbung 30 000 neuer Mitglieder auf

Herne (Korr.). Für die von ihm angestrebte Fortsetzung einer Koalition mit den derzeit von einer Führungskrise befallenen Liberalen über 1980 hinaus nannte NRW-Ministerpräsident Rau von sich aus zwei Voraussetzungen: Schrittweise Einführung der integrierten Gesamtschule als flächendeckende Angebotsschule neben Haupt-, Realschule und Gymnasium — diese Forderung findet sich auch in mehreren in Herne verabschiedeten Entschlüssen — und kein öffentliches Zerreden sozial-liberaler Entscheidungen. Rau hielt dem FDP-Chef Riemer vor, es sei „kein gutes Wort“ von Riemer gewesen, die sozialdemokratische Kommunalpolitik mit dem Ausdruck

vom „Machtkartell der Oberbürgermeister“ zu belegen.

Scharf ging der Ministerpräsident mit der Landes-CDU ins Gericht. Deren Spitzenmänner Köppler und Biedenkopf hätten sich erst gegenseitig entdeckt, als sie an die Demonstage von Helmut Kohl gegangen seien. Dann hätten sie als Arbeitsteilung ausgemacht, daß Köppler das „Feld für landespolitische Sprüche“ bestelle und Biedenkopf von Bonn aus mit Strauß die CDU nach rechts rücke. NRW sei aber „keine Beute, die zwei Leute unter sich aufteilen dürfen“. Die mit Personalgerangel beschäftigte Opposition solle für Sachfragen aus-

Rau rief seine Partei dazu auf, in den nächsten zwei Jahren

30 000 neue Mitglieder zu gewinnen und beim Werben um den Wähler daran zu denken, daß „unser eigentliches Potential bei jenen liegt, die immer noch irrtümlich CDU wählen in Nordrhein-Westfalen.“

Mit großer Mehrheit wurde nach dreistündiger Debatte ein energiepolitischer Antrag verabschiedet, der den Vorrang für die heimische Kohle betont, jedoch ebenso deutlich den Weg zu einem weiteren Ausbau der Kernenergie offenhält. Das in Ahaus geplante Zwischenlager für Atom-Müll wird von drei Voraussetzungen abhängig gemacht: Gewähr für die Endlagerung an einem anderen Ort, Verpflichtung anderer Bundesländer zum stär-

keren Kohleeinsatz bei der Verstromung und Beteiligung von Bund und den übrigen Ländern an den nordrhein-westfälischen Lasten für die Steinkohle.

Mit ebenfalls überwältigender Mehrheit trug der Parteitag auch jene „Grundsätze für die Prüfung der Verfassungstreue von Bewerbern für den öffentlichen Dienst“, die die Landesregierung unter Rau kürzlich beschlossen hatte. Mit diesen „Grundsätzen“ wird die Regelanfrage beim Verfassungsschutz abgeschafft. Statt dessen muß der Bewerber versichern, daß er keine verfassungsfeindlichen Bestrebungen unterstützt.

Kölner Stadt-Anzeiger

18. Juni 1979

SPD-Parteitag stimmt Kalkar zu

„Endlager für Atomtüll aber unverzichtbar“

Von unserem Redakteur Karlegon Halbach

Herne. — Der Parteitag der SPD in Nordrhein-Westfalen zeigte nicht nur bei der Wiederwahl des Landesvorsitzenden, Ministerpräsident Rau, demonstrative Geschlossenheit, sondern auch in der umstrittenen Frage des weiteren Atomenergie-Ausbaus und in der Forderung nach verstärkter Verstromung der Steinkohle. Mit überwältigender Mehrheit (95 Prozent) stimmten die Delegierten am Wochenende in Herne dem Leittrag des Landesvorstandes zu, der klarstellte, daß „zur Zeit weder eine Entscheidung für den forcierten Ausbau von Kernkraftwerken noch über den endgültigen Verzicht auf Kernenergie vertretbar ist“. Der „schnelle Brüter“ in Kalkar soll danach zur Sicherung des technischen Wissens ebenso weitergebaut werden, wie die Entwicklung von Hochtemperaturreaktoren fortgesetzt werden soll.

Die Errichtung eines Zwischenlagers für Reaktorrückstände im westfälischen Ahaus knüpften die SPD-Delegierten an drei Bedingungen: einmal sollen Bund und Länder verbindlich zusichern, die Subventionen für die Kohle als nationale Energiequelle mitzutragen, zum anderen sollen sich alle Bundesländer verpflichten, mehr Kohle als bisher zur Stromerzeugung einzusetzen. Als abso-

lut unverzichtbar wird schließlich eine Endlagerstätte für Atomtüll festgeschrieben, „wenn nicht Gorleben, dann anderswo“, wie NRW-Arbeitsminister Friedhelm Farthmann sagte. Ohne gesicherte Endlagerung werde es an Rhein und Ruhr keine weiteren Genehmigungen für Kernkraftwerke geben.

Seiner Kritik am FDP-Landesvorsitzenden Riemer („Es war kein gutes Wort, das er auf dem FDP-Parteitag vom Machtkartell der Oberbürgermeister gesprochen hat“) fügte Rau eine positive Bemerkung der Zusammenarbeit mit dem Koalitionspartner FDP an. Sie sei „gut und erfolgreich“ und könne „auch 1980 fortgesetzt“ werden.

Bei der Neuwahl der 18köpfigen Landesvorstände gab es keine großen Überraschungen. Als Beisitzer erreichten Finanzminister Posser (288) und Arbeitsminister Farthmann (277) die besten Stimmenergebnisse, während der Kölner Regierungspräsident Antwerpes (182) schwach abschnitt. Als Raus Stellvertreter im Landesvorsitz erhielten Bundesfamilienministerin Antje Huber 261 und Landesminister Christoph Zöpel 214 Stimmen.

Kölnische Rundschau

SPD in NRW steht einmütig hinter Rau

Thema Kernenergie wurde nicht zum Streitpunkt

dt Herne. Vor den anstehenden Kommunal-, Landtags- und Bundestagswahlen demonstrierten die nordrhein-westfälischen Sozialdemokraten auf ihrem fünften Landesparteitag in Herne am Samstag vor allem Geschlossenheit.

Nachdem Ministerpräsident Johannes Rau mit der überzeugenden Mehrheit von 293 der 307 Stimmen als Landeschef wiedergewählt worden war, blieben auch die zunächst erwarteten heftigen Diskussionen um die als strittig geltenden Themen Atomenergie und Regelanfrage aus.

Die Partei folgte der Politik Raus. Nach gut dreistündiger Debatte wurde ein energiepolitischer Antrag angenommen, der zwar den Vorrang für die Kohle betont, sich jedoch ganz eindeutig auch den Weg für einen möglichen Ausbau der Kernenergie offenhält. Das in Ahaus geplante Zwischenlager wird von einer Endlagerung an einem anderen Ort sowie der Verpflichtung anderer Bundesländer zu einem stärkeren Kohleeinsatz abhängig gemacht.

Auch in der Regelanfrage stimmten die Delegierten für die Regierungspolitik und nahmen die „Grundsätze für eine

Prüfung der Verfassungstreue von Beworbern im öffentlichen Dienst“ an. Mit den „Grundsätzen“ wird die Regelanfrage beim Verfassungsschutz abgeschafft.

In seiner programmatischen Rede appellierte der SPD-Landeschef an die Bundesregierung, rechtzeitig ein Konzept gegen Schwierigkeiten bei der drohenden Öl- und Benzinverknappung auszuarbeiten. Rau: „Wir weisen früh genug darauf hin, daß hier Probleme von außerordentlicher Bedeutung auf uns zukommen, die den wirtschaftlichen Aufschwung dieser Monate in Mitleidenschaft ziehen können und bei denen wir hellwach nach Lösungen suchen müssen.“

Die Zusammenarbeit mit dem Koalitionspartner FDP nannte Rau gut und sprach sich für eine Fortsetzung der Koalition aus, allerdings unter der Voraussetzung, daß „einmal getroffene Entscheidungen vor dem Bürger deutlicher gemacht werden, als die Prozesse, die zu den Entscheidungen geführt hätten. Bei dieser Rede Passage war eine deutliche Kritik an dem FDP-Landeschef, Wirtschaftsminister Horst-Ludwig Riemer, nicht zu überhören.

Ruhr Nachrichten

SPD billigt Bedingungen für Zwischenlager Ahaus

Fortsetzung von Seite 1

Deutlich ging der Ministerpräsident mit der Landes-CDU ins Gericht. Deren Spitzenmänner Köppler und Biedenkopf hätten sich erst gegenseitig entdeckt, als sie an die Demontage von Helmut Kohl gegangen seien. NRW sei „keine Beute, die zwei Leute unter sich aufteilen dürfen“. Die mit Personalgerangel beschäftigte Opposition falle für Sachfragen aus.

Rau rief seine Partei dazu auf, in den nächsten zwei Jahren 30 000 neue Mitglieder zu gewinnen und beim Werben um den Wähler daran zu denken, daß „unsere eigentliches Potential bei jenen liegt, die immer noch CDU wählen in Nordrhein-Westfalen“.

Mit großer Mehrheit wurde vom SPD-Landesparteitag nach dreistündiger Debatte ein energiepolitischer Antrag verabschiedet, der den Vorrang für die heimische Kohle betont, jedoch den Weg zu einem

weiteren Ausbau der Kernenergie offenhält. Das in Ahaus geplante Zwischenlager für Atom-Müll wird von drei Voraussetzungen abhängig gemacht: Gewähr für die Endlagerung an einem anderen Ort, Verpflichtung anderer Bundesländer zum stärkeren Kohleeinsatz bei der Verstromung und Beteiligung von Bund und den übrigen Ländern an den nordrhein-westfälischen Lasten für die Steinkohle.

Mit ebenfalls überwältigender Mehrheit trug der Parteitag auch jene „Grundsätze für die Prüfung der Verfassungstreue von Beworbern für den öffentlichen Dienst“, die die Landesregierung unter Rau kürzlich beschlossen hatte. Mit diesen „Grundsätzen“ wird die Regelanfrage beim Verfassungsschutz abgeschafft.

Bei der Wahl der jeweils Stellvertreter Raus fielen von 309 abgegebenen Stimmen 261 auf Antje Huber und 214 auf Christoph Zöpel.

Westdeutsche Allgemeine

NRW-Parteitag der SPD in Herne bestätigt Rau fast einmütig

Von GERD GOCH

waz HERNE

Fast einmütig hat sich die nordrhein-westfälische SPD am Wochenende auf ihrem Landesparteitag in Herne hinter Ministerpräsident Johannes Rau gestellt. Sie wählte ihn mit 293 von 307 Stimmen für weitere zwei Jahre zu ihrem Vorsitzenden. 1977 hatte Rau in einer Kampfabstimmung gegen NRW-Arbeitsminister Friedhelm Farthmann nur drei Stimmen Mehrheit gehabt. Zu Stellvertretern Raus wählte der Parteitag mit 261 von 307 Stimmen Bundesministerin Antje Huber und, ohne Gegenkandidaten, mit nur 214 Stimmen Christoph Zöpel. Bei der Wahl der 15 Beisitzer führte wieder einmal Finanzminister Diether Posser mit 288 vor Friedhelm Farthmann mit 277 Stimmen.

Düsseldorfer Nachrichten

18. Juni 1979

Auf dem SPD-Landesparteitag in Herne zeigte sich:

Rau hat seine Partei geschlossen hinter sich

Wiederwahl mit 95% / Einig über Energie und Extremisten

Von unserem Redaktionsmitglied Werner Freitag

Mit 293 von 307 Stimmen, das sind 95 Prozent, wählten die Delegierten des SPD-Landesparteitags am Wochenende in Herne ihren Landesvorsitzenden Ministerpräsident Johannes Rau wieder. Der Mann, der vor zwei Jahren mit nur zwei Stimmen die Mehrheit gegenüber seinem Mitbewerber Arbeitsminister Friedhelm Farthmann erhielt, bekam bei seiner ersten Wiederwahl nur zwölf Gegenstim-

men und zwei Stimmenthaltungen. Im Verlauf des Parteitags gelang es Rau mit ähnlich großen Mehrheiten die Partei auf seinen Kurs in der Energiepolitik und in der künftigen Einstellungspraxis für den öffentlichen Dienst einzuschwören. In den langwierigen Diskussionen erhielt er die Unterstützung des Landesvorstands, der SPD-Landesminister sowie von vielen anderen Delegierten.

Die stellvertretenden Landesvorsitzenden Antje Huber und Christoph Zöpel wurden gleichfalls wiedergewählt, jene mit 261, dieser mit 214 Stimmen. Bei der Wahl der zwölf Beisitzer ist die des neuen Landesgeschäftsführers und Landtagsabgeordneten Rainer Maedge hervorzuheben, der 239 Stimmen errang. Mit 300 000 Mitgliedern ist die nordrhein-westfälische SPD die weitaus stärkste Landespartei der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Bei der Kernenergie setzte sich Raus Kurs klar durch. Danach fordert die nordrhein-westfälische SPD nahezu einhellig, daß Sicherheit und Gesundheit der Bürger Vorrang haben, außerdem die Energieeinsparung, ganz besonders beim Öl. Ein absolutes Nein zur Kernenergie lehnt sie aus arbeitsmarktlichen, sozialen, technologischen und wirtschaftlichen Gründen als unverantwortbar ab. Vorrang sollen Kohleenergie (vor allem mit neuen Technologien) und die Suche nach neuen Energie-

quellen haben. Neu ist die Forderung, den Bau des Atommüll-Zwischenlagers Ahaus zusätzlich auch noch an die Bedingung zu knüpfen, daß sich Bund und Länder finanziell an der Kohle als nationaler Energiequelle beteiligen und verstärkt Kohle einsetzen. Die SPD verlangt ferner den Bau umweltfreundlicher neuer Kohlekraftwerke, die teilweise veraltete ersetzen sollen.

Für die Abschaffung der Regelanfrage bei der Einstellung in den öffentlichen Dienst dankte der Parteitag seinem Vorsitzenden und Ministerpräsidenten ausdrücklich. Auch hier folgte man Raus Kurs fast geschlossen. Besonderen Nachdruck legten die Delegierten darauf, daß „die Bürokratie“ daraufhin überwacht wird, die soeben von der Regierung für zwei Jahre auf Probe verabschiedete Regelung auch ihrem Geist nach zu befolgen und einzuhalten.

In seiner über einstündigen Rede kündigte Johannes Rau ein „Nordrhein-Westfalen-Pro-

gramm“ (NWP) für die Zeit von 1980 bis 1985 an. „Wenn wir es als Gesamtregierung nicht hinkriegen, machen es die Sozialdemokraten auf ihre Rechnung und Gefahr und auf ihren Erfolg hin“, sagte er mit Blick auf die FDP. Die Zusammenarbeit mit dieser im Landeskabinett nannte er „gut und erfolgreich“, kritisierte jedoch, daß es (durch die FDP) vor Entscheidungen im Kabinett „so lange öffentlich hin und her“ gehe.

Als Ziel setzte Rau seiner Partei ihren Sieg mit Bundeskanzler Helmut Schmidt gegen einen noch unbenannten „Mister X“ bei der Bundestagswahl im Oktober 1980. Als Prüfstand dazu bezeichnete er die Kommunalwahlen im September dieses Jahres. Bei der Landtagswahl im kommenden Mai müsse die SPD stärkste Landtagsfraktion werden. Ihr Wählerreservoir befindet sich vor allem bei den CDU-Wählern.

Rau mit selbstbewußter Bescheidung und frei von Arroganz als Parteivorsitzender in die Pflicht. Das kam bei den über 300 Delegierten ebenso an wie sein freimütiges Eingeständnis, daß ihm und dem Landesvorstand beim Volksbegehren zur Koop-Schule eine „Fehl einschätzung“ unterlaufen sei.

Ein SPD-Politiker aus der Ersten Reihe urteilte: „Der Rau ist gut, er ist nur von uns allen nicht gut genug verkauft worden.“ Das war, als der Landesvorsitzende und Ministerpräsident in seinem Rechenschaftsbericht daran erinnert hatte, daß sein Kurs in den heißen Fragen Lohnsummensteuer, Kalkar, Ruhrgebietskonferenz, Abschaffung der Regelanfrage und Energiepolitik zu den gewollten Zielen führte, wobei oft die Entscheidungen in den

Schlagschatten des vorhergegangenen Gerangels beim Koalitionspartner gerieten.

Rau hat sich in seiner Partei durchgesetzt - bis zum 30. September. Die Kommunalwahlen werden ihm in seiner Partei den endgültigen Sieg oder eine schwere Niederlage bringen.

Düsseldorfer Nachrichten

Rau im Aufwind

Von Werner Freitag

Zur erstenmal stellte sich der vor zwei Jahren mit nur zwei Stimmen Mehrheit gewählte Landesvorsitzende der nordrhein-westfälischen SPD Ministerpräsident Johannes Rau auf dem Landesparteitag zur Wiederwahl und errang 95 Prozent der 307 Delegiertenstimmen. Er setzte sich mit seiner Auffassung vom Vernünftigen und Machbaren bei den heiklen Fragen der Energiepolitik und der Ein-

stellungspraxis in den öffentlichen Dienst mit ähnlichen Mehrheiten durch. Man beginnt, seinen anfangs viel kritisierten Führungsstil zu begreifen und folgt ihm in der Partei. Herne hat das vielzitierte ätzende Scherzwort des FDP-Landtagsabgeordneten

Roericht von Rau als „Meister im Wegtauchen“ ungültig gemacht. Rau stellte seinen Führungsstil vor dem Parteitag so dar: „Hören, Nachdenken, Antworten und Entscheiden - diese Schrittfolge wird bleiben.“ Diese Art Politik zu machen sei ihm lieber als eine Politik der Herablassung, der Anordnung und der Scheindemokratie.

Unmittelbar nachdem er mit 95 Prozent der Delegiertenstimmen wiedergewählt war, sagte Rau, er verstehe das als einen Vertrauensvorschuß für die zwei nächsten, schweren Jahre, in denen die Gemeinde-, Kreis- und Stadträte, der Landtag und der Bundestag neu gewählt werden. Er sei von dem Ergebnis seiner Wiederwahl überwältigt. Der „Prüfstein“ - auch für ihn - würden die Kommunalwahlen am 30. September sein. Mit dieser Erklärung nahm sich

SPD Nordrhein-Westfalen **Handelsblatt**

1.8. Juni 1979

Der Parteitag hält Option auf die Kernenergie offen

HANDELSBLATT, Sa./So., 16./17. 6. 1979

sm. HERNE. Der Landesparteitag der nordrhein-westfälischen SPD hat mit großer Mehrheit einen Leitantrag zur Energiepolitik angenommen, der in allen wesentlichen Punkten die Haltung der Landesregierung in dieser Frage bestätigt. Im Zusammenhang mit der Kernenergie wird sowohl der Bau des Zwischenlagers in Ahaus, der Weiterbau des Schnellen Brütters in Kalkar und die Genehmigung weiterer Leichtwasserreaktoren offengehalten.

Da die Landesregierung ihren Beitrag zur Entsorgung der bestehenden Anlagen leisten müsse, sei das Genehmigungsverfahren für das Zwischenlager in Ahaus fortzuführen. Eine Errichtungs- und Betriebsgenehmigung werde jedoch nur dann erteilt, wenn feststehe, wohin die Brennelemente nach der Zwischenlagerung im Rahmen eines Entsorgungssystems gebracht werden und wenn auch andere Bundesländer sich zu einem stärkeren Einsatz von Steinkohle bei der Stromerzeugung verpflichten, heißt es in dem Antrag. Gerade der Zusammenhang der Lagerung des Atommülls und der Kohleverstromung spielte auf dem Parteitag eine wichtige Rolle. Manche Delegierte wollten mit dem Faustpfand Ahaus andere Bundesländer zu einem stärkeren Einsatz der Ruhrkohle zur Stromerzeugung zwingen.

Während Ministerpräsident Rau in seiner Rede lediglich CDU/CSU regierte Länder, wie Niedersachsen und Bayern, kritisierte, „weil die keine Zwischenlager in ihren Ländern errichten“, wurden die Delegierten in der anschließenden Aussprache deutlicher. Gerade Hessen und Hamburg, so hieß es, würden einen großen Anteil ihrer Energie aus Kernbrennstoffen erzeugen und wollten den dabei anfallenden Müll im Kohleland Nordrhein-Westfalen ablagern.

Da die Landesregierung ihren Beitrag zur Sicherung des technischen Wissens auf dem Gebiet der Kernenergie in der Bundesrepublik leisten müsse, soll der Hochtemperatur-Reaktor mit dem Ziel der Gewinnung nuklearer Prozesswärme und damit der Erschließung neuer Verwendungsmöglichkeiten für die Kohle weiter entwickelt werden. Vor weiteren Teilerrichtungsgenehmigungen des Schnellen Brütters in Kalkar soll allerdings wenigstens der Zwischenbericht der Bundestags-Euquétekommission „Zukünftige Kernenergiepolitik“, der im Mai 1980 vorliegen soll, abgewartet werden.

Die Landesregierung macht Genehmigungen weiterer Leichtwasserreaktoren davon abhängig, daß die Versorgung gelöst ist und

Sicherheitsbedenken nicht bestehen, heißt es in dem Leitantrag. Es werde nicht erwartet, daß in den nächsten fünf Jahren ein neuer Reaktor in Nordrhein-Westfalen genehmigt werde, hieß es dazu in der Diskussion.

Obwohl mehrere Ortavereine Anträge gegen Kernkraftwerke gestellt hatten, vortreten die Delegierten des mit 300 000 Mitgliedern stärksten Landesverbandes der SPD mit überwältigender Mehrheit für diesen Antrag, der zwar die weitere Nutzung der Kernenergie mit einer Reihe von Auflagen verknüpft, der aber dem Landesvorstand und der Landesregierung weitgehend freie Hand in dieser Frage läßt.

Wert legen die Sozialdemokraten des Kohlelandes Nordrhein-Westfalen auf eine verstärkte Nutzung des heimischen Energieträgers. So sollen neue Kohletechnologien zur Herstellung von Gas und Flüssigbrennstoffen gefördert und die Kapazitäten im Kohlebergbau ausgebaut werden. Im Rahmen einer „planvollen staatlichen Energiepolitik“ soll eine Prioritätenliste für den Bau von Kohlekraftwerken festgelegt werden. Mit Nachdruck stellte der Parteitag fest, daß die Kohle eine nationale Aufgabe sei und die entsprechenden Subventionen, die den Haushalt des Landes stark belasteten, in Zukunft ausschließlich vom Bund getragen werden sollen.

Bei den personalpolitischen Entscheidungen dieses Parteitages wurde Ministerpräsident Johannes Rau mit der überraschend großen Mehrheit von 293 der abgegebenen 307 Stimmen als SPD-Landesvorsitzender bestätigt. Rau betrachtete dieses Votum als einen „Vertrauensvorschuß für zwei schwere Jahre“, in denen im Land an Rhein und Ruhr vor der Bundestagswahl des nächsten Jahres noch Kommunal- und Landtagswahlen anstehen. Für die Landtagswahl gab Rau als Ziel vor, die Sozialdemokraten müßten die stärkste Fraktion im Landtag von Nordrhein-Westfalen werden.

Als Stellvertreter von Rau wurden Antje Huber (263 Stimmen) und Christoph Zöpel (214 Stimmen) in ihren Ämtern bestätigt. Die Minister Diether Posser (288 Stimmen) und Friedhelm Fartmann (277 Stimmen) erhielten als Beisitzer die besten Ergebnisse.

In seiner Parteitagrede hatte sich der Landesvorsitzende für die Trennung zwischen öffentlich-rechtlichem Rundfunk auf der einen und privatrechtlich organisierter Presse auf der anderen Seite ausgesprochen. Aus dem Poullain-Bericht will Rau „ohne schuldhaftes Zögern“ die entsprechenden Konsequenzen ziehen. Eine Trennung von Staatsaufsicht und Verwaltungsrat werde ganz gewiß in der nächsten Wahlperiode vorgenommen.

Bild-Zeitung Riesenerfolg! Rau wieder SPD-Landeschef

Wg. **Handelsblatt**, 16. Juni 1979. **SPD** hat nach der Verabschiedung des Leitantrags über die Kernenergie einen Riesenerfolg erzielt. Der Parteitag hat mit großer Mehrheit für den Leitantrag gestimmt, der die weitere Nutzung der Kernenergie mit einer Reihe von Auflagen verknüpft, der aber dem Landesvorstand und der Landesregierung weitgehend freie Hand in dieser Frage läßt.

Auf dem Landesparteitag im Herne Kulturzentrum wünschte sich Rau eine Fortsetzung der Koalition mit der FDP nach 1980. Allerdings: Die Liberalen müssen mit zureichenden Gesamtstimmen überstanden sein.

Rau will mit einem „Nikw-Programm 1985“ in die Landtagswahlen gehen. Wenn die FDP nicht mächtig, auf eigene Rechnung und Verantwortung.

Der jüngste Antrag auf dem SPD-Parteitag: Auf der Trasse der umstrittenen Autobahn A 4 sollten keine „Hopfen, Gerste und Reisbucke angepflanzt“ werden. So könnte der Preis für Bier, Korn und Wein um mindestens 20 Prozent gesenkt werden. Landwirtschaftsminister Baumert soll deshalb „eine Hopfenkonferenz“ einberufen.

Minister Rau zu diesem Zeitpunkt allerdings illegal wagt. Zusammen mit seinem Vorgänger können beschließen die Landesparteivereine.

Köln Stadt-Anzeiger Rau eindeutig als SPD-Chef bestätigt

Parteitag stützt Atomkurs

keh Herne — Eindeutiger als erwartet hat die nordrhein-westfälische SPD ihren Landesvorsitzenden Rau für zwei weitere Jahre im Amt bestätigt: 293 Delegierte stimmten für Rau, zwölf gegen ihn, und zwei enthielten sich. Zuvor hatte der NRW-Ministerpräsident in einer programmatischen Rede die Zielsetzungen seiner Partei für die nächsten Jahre, insbesondere für die Kommunalwahl am 30. September, die Landtagswahl am 11. Mai und die Bundestagswahl im Oktober 1980 umrissen. Die SPD in Nordrhein-Westfalen müsse den „entscheidenden Beitrag“ dazu leisten, daß Helmut Schmidt Bundeskanzler bleibe. Der Landesparteitag in Herne folgte mit großer Mehrheit auch der Politik Raus in der Nuklearfrage.

Herner Parteitag billigt Regierungskurs in Atom- und Radikalenfragen

Rau will die SPD wieder zur stärksten Landtagsfraktion machen

Herne. (W.C.) Zur Offensive im Angesicht von drei Wahlen hat der SPD-Landesvorsitzende und NRW-Ministerpräsident Johannes Rau am Wochenende seine Partei aufgerufen. Die Kommunalwahlen am 30. September, die Landtagswahlen am 11. Mai nächsten Jahres sowie die Bundestagswahlen im Herbst seien „die stärkste Herausforderung, die es in der Geschichte unserer Partei nach 1945 je gegeben hat“, sagte Rau auf dem SPD-Landesparteitag in Herne.

Als Ziele nannte er, müssten noch mehr Gemeinden im Lande sozialdemokratisch werden; insbesondere in den ländlichen Gebieten gebe es noch nicht geschöpfte „Zuwachschancen“. Im Landtag solle die SPD mit dem 11. Mai wieder zur stärksten Fraktion werden. Anschließend müsse dafür gesorgt werden, daß Helmut Schmidt „mit einem noch größeren Vertrauensbeweis“ in Bonn weiterregieren könne.

Die Europawahlen hätten gezeigt, daß eine niedrige Wahlbeteiligung sich negativ für die SPD auswirke. Es müsse deshalb „alles getan werden, um die Wähler zu mobilisieren“. Zugleich solle die Partei versuchen, ihren Mitgliederbestand, der seit einiger Zeit bei 300 000 auf der Stelle tritt, um zehn Prozent auf 330 000 zu steigern.

Rau forderte seine Partei dazu auf, dafür zu sorgen, „daß die drei Prozent Grünen sich nicht stabilisieren und vermehren“. Lebensängste und Staatsverdrossenheit wollten ernst genommen werden. Das „eigentliche Potential“ der SPD liege allerdings bei denen, „die sich noch irrtümlich CDU wählen“.

Der Opposition warf Rau vor, sie falle wegen ihrer inneren Streitigkeiten für Sachfragen aus. Biedenkopf und Kopper hätten sich „erst entdeckt“, als sie an die Demontage von Helmut Kohl gingen.

Der Ministerpräsident betonte, er rechne auch nach 1980 mit der FDP. Die Voraussetzungen für eine erneute sozial-liberale Koalition seien zu schaffen. Er erwähnte dazu vor allem die Einführung der integrierten Gesamtschule als flächendeckende Angebotsschule neben den traditionellen Schulformen.

Der Parteitag billigte mit jeweils großen Mehrheiten den vom Landesvorstand vorgelegten Leittrag zur Energiepolitik sowie die von der Landesregierung soeben neu beschlossenen Grundsätze für die Einstellung von Bewerbern in den öffentlichen Dienst.

Nach einer Intervention von Dortmunds OB Günter Samtlebe wurde in dem Energiebeschluß das in Ahaus geplante Zwischenlager für Atommüll von drei Voraussetzungen abhängig gemacht: Gewähr für die Endlagerung an einem anderen Ort, Verpflichtung anderer Bundesländer zum stärkeren Kohleeinsatz bei der Verstromung und Beteiligung von Bund und den übrigen Ländern an den nordrhein-westfälischen Lasten für die Steinkohle.

Die Kohleproduktion müsse endlich als „nationale Aufgabe“ anerkannt werden, hatte Samtlebe gefordert. Er bezeichnete es auch als „Gipfel der Heuchelei“, wenn „Grüne“ oder andere Kernkraftgegner demnächst gegen neue Bergbauschächte in der Haardt oder sonstwo im Münsterland aufträten.

Der Atombeschluß des Parteitagess mochte die Genehmigung weiterer Leichtwasserreaktoren durch die Landesregierung davon abhängig, daß die Entsorgung gelöst ist und Sicherheitsbedenken nicht bestehen. Voraussetzung solcher Genehmigungen sei auch der „gesicherte Zubau neuer Steinkohlenkraftwerke“.

„Zur Sicherung des technischen Wissens auf dem Gebiet der Kernenergie“ werden auch der Weiterbau des Hochdrucktemperaturreaktors sowie des „Schnellen Bruters“ in Kalkar befürwortet. Für den zweiten Fall soll allerdings der Bericht der Enquete-Kommission des Bundestages abgewartet werden. Der Hochdrucktemperaturreaktor aber sei zur Gewinnung nuklearer Prozeßwärme und damit zur Erschließung neuer Verwendungsmöglichkeiten für die Kohle notwendig.

Düsseldorf-Express

Rau gewählt

☑ Drei Monate vor der Kommunalwahl in NRW wurde Ministerpräsident und SPD-Chef Johannes Rau am Wochenende in Herne mit 293 der 307 Delegiertenstimmen erneut zum SPD-Landeschef gewählt.

Kölner Stadt-Anzeiger

Im Aufwind

Köln — Nordrhein-Westfalens SPD hat Johannes Rau den Rücken gestärkt. Wiederwahl als Landesvorsitzender mit 95,4 Prozent der Stimmen, viel Beifall und keinerlei kritische Anmerkungen zum Führungsstil in Partei und Staatskanzlei — das war eine eindeutige Demonstration des Einverständnisses mit dem Mann an der Spitze.

Die Welchen dafür hatte Rau Anfang Mai bei der Ruhrgebietskonferenz gestellt. Sie brachte, obwohl so manches vorerst nur Versprechen blieb, dem Regierungschef einen starken Schub für sein Image. Hinzu kam, daß Rau rechtzeitig vor dem Landesparteitag die Abschaffung der Regelanfrage im Öffentlichen Dienst und das zehnte Pflichtschuljahr — wenn auch mit für SPD-Bildungsabstrichen — durchgesetzt hat.

Rau sieht nun den Weg frei für „geschlossene Aktivität“ der Sozialdemokraten an Rhein und Ruhr in den bevorstehenden Wahlkämpfen. Er selbst hat mehr Ellenbogenfreiheit gewonnen.

Gestützt auf das klare Votum des Herner Parteitages, braucht er weniger Rücksicht auf Stimmungen zu nehmen und nicht länger jedermanns Liebling zu sein.

Wenn daraus bei dem SPD-Spitzenkandidaten für die Landtagswahl mehr Entschlußfreudigkeit und mehr

Durchsetzungsvermögen wachsen, kann das den Sozialdemokraten nur nützen. Wie schwer sie es haben werden, am 11. Mai 1980 das gesteckte Ziel zu erreichen, hat ihnen gerade erst die Europawahl signalisiert.

Zwischenlager ja – aber nur gegen Kohle

PETER WEIGERT, Herne

„Keine Sau gibt euch was für Appelle“, rief der Dortmunder Oberbürgermeister Günter Samtlebe den Delegierten des nordrhein-westfälischen SPD-Landesparteitags am Wochenende in Herne zu. „Wenn man ein Pfand in der Hand hat – wie das Atommüll-Zwischenlager in Ahaus –, dann muß man das rücksichtslos einsetzen.“ So erreichte Samtlebe einen Zusatzbeschluss, daß als Voraussetzung für die Genehmigung des Zwischenlagers in Westfalen „andere Bundesländer sich verpflichten, die Kohlepolitik als nationale Aufgabe anzusehen und ihre Kosten mitzutragen.“

Über zwei Stunden lang ging die Debatte um einen „Leitantrag“ hin und her, den Ministerpräsident Johannes Rau und die übrigen Mitglieder des SPD-Landesvorstands zur Energiepolitik vorgelegt hatten. Trotz der Forderung nach „Vorrang für Steinkohle“ und Energiesparprogrammen enthielt der Antrag ein Bekenntnis „zur Sicherung des technischen Wissens auf dem Gebiet der Kernenergie in der Bundesrepublik“. Besonders dabei erwähnt wurden „der Wetterbau vor allem des Hochtemperaturreaktors... und auch des Schnellen Brütters (SNR 300)“. Über weitere Genehmigungen für den Schnellen Brüter sollte die Landesregierung aber erst nach Vorliegen des Berichts der Bonner Enquete-Kommission entscheiden, über die Genehmigung weiterer Leichtwasser-Reaktoren, wenn

„die Entsorgung gelöst ist und Sicherheitsbedenken nicht bestehen“.

In seiner Rede vor dem Parteitag hatte Ministerpräsident Rau dem niedersächsischen Regierungschef Albrecht „Ausweichen und Weglaufen“ vorgeworfen. „Wir wollen und wir werden aus gesamtstaatlicher Verantwortung das Zwischenlager in Ahaus unter bestimmten Voraussetzungen anbieten“, sagte Rau. „Aber wir haben keine Bundesbürgschaft für Albrecht und für Strauß zu übernehmen, nur weil die keine Zwischenlager in ihren Ländern errichten.“

Vom Teufel zum Belzeub

„Der Weg vom Schah zum Ayatollah war der Weg von Teufel zu Belzeub“, rief der Ministerpräsident den Delegierten zu. „Wir kommen in eine Ölverknappung, bei der Benzinpreis- und Heizkostenerhöhungen vielen Bürgern das wegnehmen werden, was sie bei schwierigen Tarifverhandlungen bekommen haben.“ Es könne eine ernste Situation in Nordrhein-Westfalen entstehen. „Dann müssen Helmut Schmidt, die Bundesregierung und die Landesregierung handeln und ein Konzept haben, um den Menschen bei uns im Lande zu helfen“, betonte Rau.

Bundesfamilienministerin Antje Huber bestätigte im Gespräch mit Journalisten auf dem Parteitag, daß Bonn bereits Heizkostensubventionen erörtert habe, aber vor der Gefahr zurückscheue, daß dadurch der Ölmarkt zu noch größeren Preissteigerungen angeheizt werde.

Gegenüber Forderungen nach einem fünfjährigen Moratorium für den Bau von Kernkraftwerken beschwor auch Arbeitsminister Friedhelm Farthmann die SPD-Delegierten: „Wer noch hinter dem Leitantrag zurückbleibt, wird noch neue Schwierigkeiten draufsatteln, dann sind wir nicht mehr mehrheitsfähig.“ Der Antrag wurde schließlich bei wenigen Gegenstimmen angenommen.

Mit dem Taschentuch wischte sich Ministerpräsident Rau den Schweiß von Gesicht und Hemdkragen, als er unter den Fernsehscheinwerfern seine Parteitagrede beendet hatte. Der „Spezialist für knappe Mehrheiten“ – wie Rau sich mit einer Anspielung auf seine Wahl zum Landesparteichef vor zwei Jahren mit drei und zum Ministerpräsidenten-Nachfolger durch die SPD im September des letzten Jahres mit acht Stimmen Mehrheit – erhielt diesmal bei seiner Wiederwahl als Landesvorsitzender 293 von 307 Delegiertenstimmen. „Ich hätte schon 270 Stimmen für ein Traumergebnis gehalten“, meinte Rau erleichtert bei einem Teller Erbsensuppe.

Für die kommenden Wahlen sprach Rau von einem „Pakt auf Gegenseitigkeit“ mit dem Bundeskanzler: „So wie wir ohne Helmut Schmidt nicht gewinnen können bei der Landtagswahl, so haben wir in Nordrhein-Westfalen stets dafür gesorgt, daß in Bonn Sozialdemokraten von 1966 an regieren konnten.“ Die Koalition mit der FDP könne fortgesetzt werden, aber – „wir müssen die Voraussetzungen dafür schaffen“.

Westdeutsche Allgemeine

Rau ruft die SPD zur Offensive auf

NRW-Programm angekündigt – Ja zur Kernkraft kein Streitpunkt

Von GERD GOCH

von HERNE

„Meine kühnsten Hoffnungen sind übertroffen“, freute sich Johannes Rau über sein gutes Wahlergebnis. Mit ihrer Geschlossenheit werde die SPD bei der Landtagswahl im Mai 1980 der zerstrittenen CDU mindestens drei Mandate nehmen, damit wieder stärkste politische Kraft im Lande werden und sichern, daß Helmut Schmidt nach der Bundestagswahl im Herbst 1980 Kanzler bleibe.

Der SPD-Landeschef rief die 300 000 Mitglieder des weitestärksten Landesverbandes der SPD zu offensiver Werbung auf. In den nächsten zwei Jahren sollen in NRW 30 000 neue Mitglieder gewonnen werden.

In einigen Punkten setzte Rau sich mit dem Koalitionspartner FDP auseinander. Der von der FDP angestrebten völligen Streichung der Gewerbesteuer werde sich die SPD „nach Kräften widersetzen“, sagte er. Die Warnung des FDP-Landeschefs Rietner vor einem „Machtkauf“ der SPD-Oberbürgermeister an der Ruhr nannte er „kein gutes Wort“.

Nach der Ruhrkonferenz, die das Herz des Landes gesund machen werde, müsse auch der gesamte Kreislauf wieder in Ordnung gebracht werden. Dazu werde ein „NRW-Programm“ für die Zeit bis 1985 aufgestellt. Wann die FDP dieses Programm nicht getein-

sam mit den Sozialdemokraten in der Landesregierung ausarbeiten wolle, dann werde es die SPD „allein auf eigene Rechnung und Gefahr tun“. Eine Voraussetzung für die Koalition mit der FDP werden Einführung der Gesamtschule als „flächendeckende Angebotsschule“ ab 1980 sein.

Um die Grünen

Ihre neuen Wähler will sich die SPD allerdings bei denen holen, die „immer noch irrtümlich CDU wählen“. Das Reservat werde größer meinte Rau, weil viele nicht wollten, daß der westfälische CDU-Vorsitzende Biedenkopf zusammen mit dem bayrischen CSU-Chef Strauß die Union in Bonn nach „rechts“ rücke. Die SPD wolle sich aber auch mehr um die besorgten Umweltschützer kümmern „ohne sich mit den Grünen zu identifizieren“. Wie Rau mitteilte, hatte er Anfang

vergängerer Woche ein erstes Gespräch mit Vertretern von Bürgerinitiativen gehabt.

Erstmals teilte der Ministerpräsident mit, daß er den „Auftrag“ des Untersuchungsausschusses im Landtag, der die Poullain-Affäre durchleuchte, erfüllen und Konsequenzen ziehen werde. Finanz- und Wirtschaftsminister, die schon die Staatsaufsicht über die Westdeutsche Landesbank führen, sollen ab 1980 nicht mehr gleichzeitig dem Verwaltungsrat des Instituts angehören.

SPD-Fraktionschef Dieter Heik lobte ausdrücklich die Zusammenarbeit mit der FDP. Die Liberalen hätten intern derzeit zwar Probleme, stünden aber in kritischen Situationen immer treu zum Bündnis mit der SPD. Nur mit Zustimmung der FDP seien die Regelnfrage abgeschafft, der Stufenlehrer beibehalten, und das 10. Schuljahr eingeführt worden.

Während Rau heiße Debatten über die Energiepolitik vorausgesagt hatte, wurde das früher heiß umstrittene Thema vom Parteitag überraschend zügig und sachlich behandelt. Gegen nur einzelne Stimmen wurde ein Antrag des Landesvorstandes angenommen, der der Landesregierung weiterhin eine „behutsame Politik auf dem Gebiet der Kernenergie“ ermöglicht. Stein- und Braunkohle sollen Vorrang haben, die Abhängigkeit vom Öl soll gemildert werden. Rau dazu: „Der Weg vom Schah zum Ayatollah war der Weg vom Teufel zum Belzeub.“

Die Abschaffung der Regelanfrage, von Rau als „freiheitliche und liberale Lösung“ gefeiert, war auf dem Parteitag ebenfalls nicht mehr umstritten. Die von der Landesregierung beschlossenen „Grundsätze für die Prüfung der Verfassungstreue von Bewerbern für den öffentlichen Dienst“ wurden vom Parteitag mit überwältigender Mehrheit akzeptiert. Bewerber müssen künftig nur noch versichern, daß sie keine verfassungsfeindlichen Bestrebungen unterstützen.

Rheinische Post

Wiederwahl des SPD-Landesvorsitzenden

18. Juni 1979

95 Prozent für den Alleinkandidaten Rau

Von unserem Redaktionsmitglied Helmut Breuer

Herne — Johannes Rau strahlte. Der trotz seiner 48 Lebensjahre immer noch jugendlich wirkende Erbe Kühns genoß sichtlich die Glückwünsche seiner Genossen nach der Wiederwahl zum Landesvorsitzenden. Obwohl der Regierungschef von Nordrhein-Westfalen diesmal keinen Gegenkandidaten hatte und die Partei vor drei lebenswichtigen Wahlen ihm nur aus Übermut hätte Stimmen verweigern können, hatte er doch vor der geheimen Abstimmung Befürchtungen gegeben. Doch die Führungskrise in der Union und beim kleinen Koalitionspartner in Düsseldorf sowie das Milliarden-Steuer Geschenk der Ruhrgebietskonferenz ließen in den letzten Wochen die Pannen und die starke Kritik vergessen, die den früheren Wissenschaftsminister in den ersten acht Monaten seiner Amtszeit in der Staatskanzlei stark verunsichert hatten. Am Wochenende in Herne sprach deswegen auch kaum einer von Führungsschwächen Raus, warf keiner dem neuen Mann am Steuerrad seinen zaudernden politischen Stil vor, gab es statt dessen eine 95-Prozent-Mehrheit für Rau, Zufriedenheit, Freude und Eintracht.

Dabei hatte der aus einer Wuppertaler Predigerfamilie stammende Parteichef keinen Zuhörer mit seiner Rede vom Stuhl gerissen, nicht den rhetorischen Erfolg vom schon legendären Duisburger Parteitag 1977 wiederholt, als Rau mit Worten die Mehrheit für Farthmann zerstörte, sondern locker, gelöst und engagiert aus dem Stegreif eine wenig tiefenscharfe Momentaufnahme der Lage seiner Partei gegeben. Und Rau, der nicht aus seiner Haut kann und will, hatte erneut seine „Politik der Zuwendung“ angepriesen, Behutsamkeit gepredigt und sein Credo des Miteinander-Füreinander betont, was althergebrachte Genossen immer wieder erstaunt und einen kampferprobten SPD-Kämpfer aus dem Revier zu dem Ausruf „Was für Sachen!“ bewegte. Ein Minister Rau, der diesen Stil von „Bruder Johannes“ in immer neuen Witzten bewältigt, meinte allerdings, für die SPD sei dieser Vorsitzende der richtige, solange in Bonn „der Leutnant mit der Lotsenmütze“ kommandiere, denn

„zwei von der Sorte Helmut Schmidt“ könne die Partei wohl nicht ertragen.

Aber wichtiger als diese Personenbeurteilung waren für viele Delegierte die Andeutungen in der Rau-Rede und die nur in Hintergrundgesprächen auf dem Parteitag sichtbar gewordenen Lageeinschätzungen führender Sozialdemokraten an Rhein und Ruhr. Die Aufforderung Raus, im neuen Landtag wieder stärkste Fraktion zu werden, und die vorsichtig in die Welt gesetzten Koalitionsbedingungen an die FDP, vor allem die flächendeckende Einführung der Gesamtschule als „Angebot an die Eltern“, spiegeln das kritisch gewordene Verhältnis der SPD zu ihrem kleinen, aber notwendigen Koalitionspartner FDP. Anders als 1970 und 1975 kalkuliert die SPD für das Frühjahr 1980 auch den parlamentarischen Tod der FDP ein und wächst die Angst in der Partei, in diesem Fall hilflos zusehen zu müssen, wie die CDU mit ein oder zwei Mandaten Vorsprung die absolute Mehrheit und damit die Macht zurückerobert.

Da man aber dem Partner schlecht den politischen Tod voraussagen kann und gleichzeitig die kompromißmüden SPD-Wähler neu motivieren muß, um auch für diesen Fall gerüstet zu sein, wird die SPD in Zukunft gezwungenermaßen doppelzüngig agieren: Sie muß den siechen Nebenmann weiter stützen und sich gleichzeitig um eine absolute Mehrheit bemühen, die die FDP überflüssig macht.

Dieses Doppelspiel wurde in Herne auch im Verhältnis zum FDP-Landesvorsitzenden Riemer deutlich. Offiziell gab es Kritik für den angeschlagenen Wirtschaftsminister, hinter den Kulissen bangt die SPD, den unbeliebten, aber berechenbaren und nach dem Sieg der Kernkraftfreunde auf dem Bremer FDP-Bundesparteitag in seinem Widerstand gegen den Schnellen Brüter nicht mehr gefährlichen Riemer zu verlieren. Denn ein unabhängiger und „rechter“ Politik zuneigender Lambsdorff als Nachfolger des FDP-Landesvorsitzenden ist ein Alptraum führender Sozialdemokraten, die sich offenbar dem Grafen nicht gewachsen fühlen. Im Parteivorstand hofft man deswegen, daß sich Riemer halten kann, statt dessen der aufmüpfige und höchst unbequeme FDP-Fraktionschef Koch gehen muß und der als linksliberal geltende Heinz Nachfolger wird. Doch öffentlich auszusprechen wagt dies kein Sozialdemokrat, weil das den Rau-Kompagnon Riemer weiter beschädigen und dem Heinz-Rivalen Dorn nur nützen könnte.

Neue Rhein Zeitung

Raus Sieg

Dem Landesvorsitzenden Rau ist ein Wahlerfolg beschieden, den kein anderer vor ihm verbuchen konnte. Weder Heinz Kühn noch Werner Figgen sammelten so viele Stimmen!

Die SPD hat damit deutlich und verbindlich gemacht, daß sie in Rau auch den Spitzenkandidaten zur Landtagswahl sieht. Der Sieg von Herne wird dem Ministerpräsidenten si-

cherlich gut tun, zumal er selbst bekannte, daß ihm ein „publizistisches Tief“ — gemeint war das schlechte Echo auf seine Regierungstätigkeit in den ersten Monaten — mächtig in die Glieder gefahren war.

Zum Jubel besteht dennoch kein Anlaß, obgleich die SPD nach langer Zeit des Hin und Her den Eindruck einer wieder in sich geschlossenen Partei vermittelte. Diskussionen arteten da schon in einmütige

Langeweile aus, so daß Raus Strategieziel, von der CDU fehlende Stimmen zu holen, leider keine ausreichende Erörterung fand.

Wäre es nicht besser, zunächst einmal die „Grünen“ anzupfeilen? Wenn sie so stark bleiben wie bei der Europawahl, wird manche SPD-Hochburg schon bei den Kommunalwahlen ihr blaues bzw. tief-rotes Wunder erleben.

Horst-Werner Hartelt

Neue Rhein Zeitung

Die SPD bekannte sich klar zu Rau

„Traum-Wahlergebnis“

Von HORST-WERNER HARTELT

HERNE. Vor zwei Jahren wurde Johannes Rau nur mit zwei Stimmen Vorsprung zum SPD-Landesvorsitzenden gewählt; am letzten Wochenende jedoch stimmten beim Dritten Landesparteitag 293 von 307 Delegierten für ihn. „Dies hätte ich nicht einmal zu träumen gewagt“, bekannte Rau.

Die jetzt noch „irrtümlich“ (Rau) CDU wählenden Bürger will der Ministerpräsident auf seine Seite ziehen und die SPD schon 1980 wieder zur stärksten Partei in NRW machen. Das Land dürfe keinesfalls „die Beute“ von Kuppeler und Biedenkopf werden.

Mit der FDP möchte Rau die Koalition mindestens bis 1985 fortsetzen. In der Kernenergie-diskussion zeigte der Ministerpräsident und Landesvorsitzende einen Kompromiß auf, der von den über 300 Delegierten angenommen wurde: Die Kernkraft soll unter Wahrung aller nur erdenklichen Sicherheitsauflagen genutzt und das Zwischenlager in Ahaus gebaut werden, wenn ein anderes Bundesland das Endlager für den Atommüll besorgt.

Rückenstärkung für Rau

Parteitag bestätigt den nordrhein-westfälischen SPD-Vorsitzenden im Amt

Von unserer Redaktion Rhein-Ruhr

sk. Düsseldorf, 17. Juni

Der nordrhein-westfälische SPD-Vorsitzende Johannes Rau ist am Wochenende mit einem eindrucksvollen Vertrauensvotum in seinem Amt bestätigt worden. Auf einem Landesparteitag in Herne wurde Rau mit 293 Delegiertenstimmen bei nur zwölf Neinstimmen und zwei Enthaltungen erneut an die Spitze des mit 300 000 Mitgliedern stärksten SPD-Landesverbands gewählt. Seine beiden bisherigen Stellvertreter, Bundesgesundheitsministerin Antje Huber und Bundesratsminister Christoph Zöpel, wurden mit deutlich schlechteren Ergebnissen ebenfalls wiedergewählt.

Raus Grundsatzreferat stand im Zeichen der kommenden Wahlauseinandersetzungen, der nordrhein-westfälischen Kommunalwahl am 30. September, der Landtagswahl am 11. Mai nächsten Jahres sowie der kommenden Bundestagswahl. Als „stärkste Kraft in der Bundesrepublik“ wolle die nordrhein-westfälische SPD die Voraussetzungen dafür treffen, „daß Helmut Schmidt im Oktober 1980 wieder Bundeskanzler wird“, sagte Rau unter dem Beifall der Delegierten. Bei der Landtagswahl wolle die SPD wieder die stärkste Fraktion im Düsseldorfer Landtag werden, und bei der Kommunalwahl werde man vor allem im ländlichen Bereich noch „einiges hinzulegen“.

Rau kritisierte in diesem Zusammenhang seinen Koalitionspartner Horst-Ludwig Riemer (FDP), der vom „Machtkartell der SPD-Oberbürgermeister“ gesprochen hatte. Kritik an der FDP übte Rau auch im Rückblick auf das koalitioninterne Gerangel um die Einführung des 10. Pflichtschuljahres. Es dürfe „nicht so lange öffentlich hin- und hergehen“, sagte Rau in Anspielung auf den heftigen Widerstand Riemers gegen diese Reform. Gleichwohl machte Rau aber deutlich, daß er die Zusammenarbeit mit der FDP, die er als „gut und erfolgreich“ be-

zeichnete, auch ab 1980 hinaus fortsetzen wolle. Als eine dieser Voraussetzungen dafür nannte Rau eine Einigung darüber, daß ab 1980 die Gesamtschule als Angebotsschule neben den anderen herkömmlichen Schultypen flächendeckend eingeführt wird.

Zweites großes Diskussionsthema neben der Bildungspolitik war in Herne die Energiepolitik. Beschlossen wurde ein Leittraktat des Landesvorstands, in dem die Entscheidung für oder gegen Kernenergie offengehalten wird. Betont wurde darin der Vorrang der Sicherheit sowie die Notwendigkeit klarer Entscheidungen in der Entsorgungsfrage. Für den im Bau befindlichen Schnellen Brüter in Kalckar werde keine weitere Teilerrichtungs genehmigung erteilt, bevor nicht die Enquete-Kommission des Bundestages „unseren Sachverstand erhöht, unsere Gewissen geschärft, unsere Entscheidungen möglich gemacht hat“, sagte Rau, dessen behutsame Politik auf dem Gebiet der Kernenergie bestätigt wurde.

Angesichts des guten Abschneidens der „Grünen“ bei der Europawahl kündigte Rau an, der zurückgetretene Landwirtschaftsminister Diether Deneke solle eine leitende Funktion in der Umweltschutzpolitik der Partei erhalten.

Ebenfalls Rückendeckung der Delegierten bekam Rau für die von seinem Kabinett verabschiedeten neuen Grundsätze zur Überprüfung der Verfassungstreue von Bewerbern für den öffentlichen Dienst. Nachdem Jusos-Vorsitzender Jochen Stemplewski die neue Regelung als zu wenig liberal kritisiert hatte, votierten die Delegierten mit Mehrheit für einen Antrag, der die Regierungspolitik voll unterstützt. Rau verteidigte die neuen Grundsätze mit dem Hinweis, daß sie eine Chance böten, nunmehr eine veränderte Praxis durchzusetzen. Die bloße Mitgliedschaft in der DKP sei in Nordrhein-Westfalen künftig kein Grund mehr, einen Bewerber vom öffentlichen Dienst auszuschließen.

Neue Rhein Zeitung

Rau kritisiert erstmals Riemer

Der SPD-Parteitag duckte Zöpel und feierte Deneke

Von unserem Redaktionsmitglied

H.-W. H. HERNE. „Es war kein gutes Wort von Riemer“, monierte SPD-Landesvorsitzender Johannes Rau vor den 318 Delegierten des Parteitages. Unlängst hatte Riemer von einem „Machtkartell der Oberbürgermeister“ gesprochen und damit SPD-Stadtväter aufgebracht. Rau wies am Wochenende seinen Stellvertreter im Kabinett, den FDP-Landesvorsitzenden Riemer, zurecht, indem er u. a. sagte, dieses „Kartell“ müsse bei der Kommunalwahl noch vergrößert werden.

Auch dies, wie überhaupt die schwungvolle Rede insgesamt, begeisterte die Delegierten derart, daß Rau das beste Wahlergebnis seiner ganzen politischen Laufbahn erreichte.

Anders erging es seinem Vize im Landesvorstand. Von 309 Stimmen fielen auf Dr. Christoph Zöpel nur 214, während Frau Antje Huber immerhin

261 quittierte. Als obligatorische Blumensträuße auf die Tribüne getragen wurden, woltje der deprimierte Zöpel erst gar nicht aufstehen. Der Nein-Block gegen ihn „ist die Quittung für Arroganz und Ellbogen eines sonst sehr intelligenten Aufstiegers“, kommentierten Delegierte.

Der gefeierte Mann des Tages war Landwirtschaftsmin-

ister Diether Deneke. Als Rau ihm für 12 Jahre Regierungsarbeit dankte, umjubelte der Parteitag den Sechzigjährigen Deneke soll jetzt bestimmte Aufgaben beim Parteivorstand übernehmen, um sein „Fachwissen“ wie Rau meinte zu nutzen. Umweltschutzbeauftragter der SPD wurde er jedoch nicht, obwohl es mancher erwartet hatte.

In Herne sachliche Debatte über Energie und Regelanfrage

Parteitag der nordrhein-westfälischen SPD / Unerwartet

hohe Zustimmung für Rau als sozialdemokratischen Landesvorsitzenden

Von unserem Korrespondenten Hartwig Suhrbier

HERNE, 17. Juni. Als solidarische und handlungsfähige Organisation präsentierte sich der mit 300 000 Mitgliedern stärkste SPD-Landesverband Nordrhein-Westfalen am Wochenende auf seinem Landesparteitag in Herne.

So wurde Ministerpräsident Johannes Rau mit 293 Stimmen bei zwölf Gegenstimmen und zwei Enthaltungen auf weitere zwei Jahre in seinem Amt als SPD-Landesvorsitzender bestätigt; diese unerwartet hohe Zustimmung ist vor dem Hintergrund zu sehen, daß Rau 1977 mit nur wenigen Stimmen Mehrheit gegen seinen Konkurrenten Friedhelm Farthmann zum Landesvorsitzenden und 1978 ebenfalls nur mit knappem Vorsprung gegen Dietrich Posser zum Ministerpräsidentenkandidaten gekürt werden war.

In den beiden am längsten diskutierten Sachfragen — energiepolitische Grundsätze und Abschaffung der Regelanfrage beim Verfassungsschutz — entschied der Parteitag nach durchwegs sachlicher Debatte ebenfalls mit großen Mehrheiten.

In der Energiefrage bekräftigte die nordrhein-westfälische SPD ihre Politik des eindeutigen Vorranges für die Kohle und die Bindung der Zulassung weiterer Kernkraftwerke an das Vorliegen eines Entsorgungskonzepts und strenger Sicherheitsauflagen. Zugleich wurde die Bereitschaft zur Errichtung eines Entsorgungs-Zwischenlagers erstmals ausdrücklich von der Bereitschaft der anderen Bundesländer abhängig gemacht, sich an der Subventionierung der Steinkohle zu beteiligen, da alle Länder von der zur Verstromung geförderten Steinkohle profitieren. Es gehe nicht an, so hieß es, daß Nordrhein-Westfalen die Steinkohlelasten alleine trage und auch noch den anderen Bundesländern ihren Atommüll abnehme.

Der Parteitag bekräftigte, daß gegenwärtig weder eine Entscheidung für den verstärkten Ausbau der Kernenergie noch für einen endgültigen Verzicht darauf möglich sei und diese Frage daher offen bleiben müsse.

Als eigenen Beitrag zu einer Klärung solle Nordrhein-Westfalen die Entwicklung des Hochtemperaturreaktors zur Gewinnung von Hitze für chemische Prozesse weitertreiben.

Neue Teilerrichtungsgenehmigungen für den umstrittenen Schnellen Brüter in Kalkar solle es erst geben, wenn der Bericht der Enquete-Kommission des Bundestages über die Sicherheitsfragen vorliegt.

Die SPD, so erklärte Rau, werde sich von keiner Partei überrücken lassen in der Ernsthaftigkeit, mit der sie die Ängste und Sorgen der Bürger anhöre, und in der Gewissenhaftigkeit, mit der sie darauf reagiere. Rau warf in diesem Zusammenhang dem niedersächsischen Ministerpräsidenten Ernst Albrecht (CDU) vor, sich mit seiner Haltung zur Entsorgungsfrage aus der Verantwortung zu stellen; Nordrhein-Westfalen sei ferner nicht bereit, dem bayerischen Wirtschaftsminister Jaumann (CSU) die Weigerung Bayerns, kein Zwischenlager zu bauen, durchgehen zu lassen.

Die vom Landeskabinet vor kurzem vorgelegten neuen Grundsätze für das

Einstellungsverfahren zum öffentlichen Dienst mit der Abschaffung der Regelanfrage beim Verfassungsschutz und der Abkehr von der Ablehnungspraxis aufgrund einer bloßen Mitgliedschaft in einer Organisation, wurden vom Parteitag begrüßt. Zugleich wurden Konkretisierungen der Neuregelungsgrundsätze und entsprechende Anweisungen an die Verwaltung verlangt, um Mißbrauchsmöglichkeiten einzuzengen.

Die Entscheidung der schon länger schwebenden „Altfälle“ solle unverzüglich auf der Basis der neuen Grundsätze erfolgen. Wie dazu am Rande des Parteitages verlautete, hat das Kabinett inzwischen bereits vier solcher Fälle positiv und zwei negativ entschieden.

In seinem Rechenschaftsbericht hatte Rau es als die historische Chance der SPD in den 80er Jahren bezeichnet, das Gespräch zwischen den Jungen und den Alten wieder in Gang zu bringen; auf diesem Wege solle bei den Jungen die Staatsverdrossenheit und bei den Alten das Gefühl der Überflüssigkeit abgebaut werden.

Düsseldorfer Nachrichten

Johannes Rau: Auf SPD-Parteitag voll durchgesetzt

Herne (tag). Der Landesparteitag der SPD in Herne wählte den SPD-Landesvorsitzenden Ministerpräsident Johannes Rau mit 293 Stimmen, das sind 95 Prozent, bei zwölf Gegenstimmen und zwei Enthaltungen wieder. Mit überwältigender Mehrheit setzte sich Rau auch in den kritischen Fragen der Energiepolitik und der Einstellungspraxis in den öffentlichen Dienst durch.

Bis 1980 stellte Rau seiner Landespartei drei Ziele: Mehr SPD-Oberbürgermeister und Bürgermeister bei den Kommunalwahlen am 30. September, stärkste Landtagsfraktion werden bei den Landtagswahlen im Mai, wieder ein Bundeskanzler Helmut Schmidt bei der Bundestagswahl im Oktober 1980.

Ruhr Nachrichten

SPD-Landesparteitag geschlossen hinter Rau

Überwältigende Mehrheit bei Wahl zum Vorsitzenden

Herne. (Eig. Ber.) Der Landesparteitag der SPD in Herne hat Ministerpräsident Rau mit überwältigender Mehrheit erneut zum NRW-Landesvorsitzenden gewählt. Er erhielt 293 von 307 abgegebenen Stimmen. Rau, der vor zwei Jahren in einer Kampfabstimmung gegen Friedhelm Farthmann zum erstenmal zum Landesvorsitzenden gewählt worden war, zeigte sich selbst vom Ergebnis überrascht. Schon 170 Stimmen, so sagte er, habe er vor der Wahl am Samstag für ein Traumergebnis gehalten.

In seiner Rede vor dem Parteitag am Samstag sagte Rau, für die Kommunalwahl am 30. September müsse es das Ziel der SPD in NRW sein, für ein Land mit sozialdemokratischen Gemeinden zu sorgen. In Hinsicht auf die Landtagswahlen müsse sich die SPD einmal zum Ziel setzen, stärkste Fraktion im Landtag zu werden, zugleich müsse sie ihre Politik jedoch so gestalten,

daß die Voraussetzungen für eine weitere Zusammenarbeit mit der FDP gegeben seien. Bei der Bundestagswahl müsse die SPD in NRW sich dafür einsetzen, daß Bundeskanzler Schmidt „mit noch größerem Vertrauensbeweis“ in Bonn weiterregieren könne.

Zur Kritik an seinem Führungsstil

erklärte der Parteivorsitzende und Ministerpräsident, es werde bei der „Schriftfolge anhören, nachdenken, antworten, entscheiden“ bleiben.

Für die angestrebte Fortsetzung der Koalition mit der FDP in Düsseldorf nannte Rau als Voraussetzung, die Einführung der integrierten Gesamtschule überall dort, wo es von den Eltern gewünscht werde sowie die klare Darstellung sozialliberaler Entscheidungen, wenn sie einmal gefallen seien.

Frankfurter Allgemeine

18. Juni 1979

„Ohne den Kanzler keine Chance zum Wahlsieg in Nordrhein-Westfalen“

Rau mit großer Mehrheit wieder Landesvorsitzender der SPD

L. B. DÜSSELDORF, 17. Juni. Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Rau hat jetzt die Hände frei für den Landtagswahlkampf im kommenden Frühjahr. Die SPD bestätigte ihn auf dem Landesparteitag am Wochenende in Herne mit 293 der 307 Delegiertenstimmen als Vorsitzenden. Das mußte für Rau, der erst in zwei schweren Positionskämpfen gegen seine Konkurrenten Farthmann und Posser den Weg an die Spitze der Partei und der Regierung in Düsseldorf schaffte, Selbstvertrauen bringen. Aber Rau unterschätzt die Schwierigkeit seiner Aufgabe nicht. Er redete der Partei in Herne einige Wahrheiten ins Gewissen, damit sie nicht später von widrigen Entwicklungen überrasscht werde.

„Ohne Helmut Schmidt können wir nicht gewinnen bei der Landtagswahl.“ Dies war das erste Eingeständnis mangelnder Zugkraft, die Rau und seine SPD gegenüber dem CDU-Gespann Köppler/Biedenkopf sehen. Zum zweiten setzt Rau kein Vertrauen mehr in die Überlebenskraft der FDP als Mehrheitsbeschaffer. „Wir müssen ins Plus kommen, die Sozialdemokraten müssen stärkste Fraktion im Landtag werden.“ Das war der Aufruf, den Zwei-Prozent-Abstand hinter der CDU 1980 wieder aufzuholen. Wenn die Liberalen draußen vor der Tür bleiben sollten, muß die SPD die Nasenlänge vorn haben, weil sonst die CDU aus eigener Kraft die Regierung stellt. Am Rande dieses SPD-Parteitag wurde die Lage der FDP als „verworfen bis desolat“ eingeschätzt.

Über die Strategie hat Rau andere Vorstellungen als seine Partei. Die SPD will „die Grünen“ zurückgewinnen, die es bei der Europawahl in Nordrhein-Westfalen schon auf drei Prozent brachten. Rau dagegen möchte ins CDU-Lager einbrechen. Mit seiner „Politik der Bürgernähe und der Zuwendung“ verspricht er sich langfristig mehr. Rau brachte das auf die Formel: „Wir müssen darauf achten, daß die Grünen sich nicht stabilisieren, aber unser eigentliches Potential liegt bei denen, die immer noch irrtümlich CDU wählen in Nordrhein-Westfalen.“ Der Ministerpräsident, der selbst als Sozialdemokrat noch wie ein pictistischer

Prediger die Herzen erwärmen kann, erwähnte Brandt nicht ein einziges Mal. Er warnte davor, der Jugend einfach nach dem Munde zu reden.

Das wurde auch in der Sache deutlich, etwa in einigen energiepolitischen Korrekturen. Folgt man den Parteitagebeschlüssen, dann bleibt es zwar beim „Vorrang für die Kohle“. Wie könnte das im Ruhrgebiet anders sein? Aber der schnelle Brüter von Kalkar wird weitergebaut, der Hochtemperaturreaktor weiter entwickelt, das Genehmigungsverfahren für die zeitlich begrenzte Atom-Müll-Deponie in Ahaus weiter betrieben. Alle Beschlüsse dieser Art machte Rau mehrheitsfähig, indem er sie mit großen Sicherheitskautelen überhöhte. Er gestand der Partei sogar einen „Erpressungsversuch“ zu, der mit Sicherheit im Bundesrat nicht zu verwirklichen ist: andere Bundesländer dürfen atomare Abfälle ihrer Kernkraftwerke in Ahaus später nur deponieren, wenn sie sich verpflichten, mehr Steinkohlenstrom von der Ruhr abzunehmen. Atom Müll nur gegen Abbau von Kohlenhälften, so könnte man diese Politik bezeichnen.

Es ist auf Parteitagen Pflicht, den politischen Gegner herabzusetzen. Rau tat das in Herne mit jenem Übermaß, in dem immer noch ein Körnchen Wahrheit steckt: „Köppler und Biedenkopf haben sich gegenseitig entdeckt, um Kohl zu demontieren. Nun sind sie bei einer internen Arbeitstellung. Der eine hat das Feld für landespolitische Sprüche frei, der andere darf in Bonn mit Strauß die CDU nach rechts rücken. Dieses Land ist aber keine Beute, die zwei Leute unter sich aufteilen können.“ Rau verhehlte nicht, daß er dabei über die Stagnation der SPD beunruhigt ist. Sie dürfe erstens nicht „Kriegsschauplatz für den Glaubenskampf werden zwischen Gegnern und Befürwortern der Kernenergie“. Und sie sollte künftig wieder Mitglieder werben, in den nächsten zwei Jahren mindestens zehn Prozent zu den derzeit knapp 300 000 Parteigängern hinzugewinnen. Die Antwort auf Biedenkopfs Filzokratie-Vorwurf zwischen SPD und Gewerkschaften lautet dann: man sei eine „Gesinnungsgemeinschaft“, die gemeinsam die Ärmel hochkrempelt.

Rheinische Post Rau klar im Amt bestätigt

Eigener Nachrichtendienst

Herne — Der nordrhein-westfälische SPD-Landesvorsitzende Ministerpräsident Rau ist am Wochenende auf dem Landesparteitag in Herne überzeugend im Amt bestätigt worden. Rau, der vor zwei Jahren mit nur zwei Stimmen seinen Gegenkandidaten Farthmann schlagen konnte und 1978 bei der Wahl des Kühn-Nachfolgers seinen Konkurrenten Posser nur knapp überrundete, hatte diesmal keinen Mitbewerber und bekam 293 der 307 Delegiertenstimmen. In seiner Rede nannte Rau das Verhältnis der Sozialdemokraten in NRW und dem Bund einen „Pakt auf Gegenseitigkeit“. So „wie wir ohne Helmut Schmidt nicht gewinnen können bei der Landtagswahl, so haben wir bisher in NRW dafür gesorgt, daß in Bonn Sozialdemokraten regieren können.“ Während der Ministerpräsident die CDU scharf angriff, kritisierte er den Koalitionspartner FDP punktuell und knüpfte die Fortsetzung der sozialliberalen Koalition nach der Landtagswahl 1980 an vorsichtig formulierte Bedingungen. (POLITISCHE UMSCHAU)

Westfälische Rundschau

Auf dem Herne SPD-Landesparteitag kürzelnde „Resolution“. Über die freilich nicht abgestimmt wurde.)

„Wir begrüßen die Initiative des neuen Landwirtschaftsministers Hans-Otto Bäumer, im Bereich der geplanten Autobahn durch das Rothaargebirge (A 4) den berechtigten Anliegen der umweltbewußten breiten Schichten unseres Volkes dadurch Rechnung zu tragen, daß auf der Trasse und östlich sie begrenzenden Sonnenseiten der Böschungen Hopfen, Gerste und Rebstöcke anzupflanzen sind.“

Durch diesen flächendeckenden Anbau, der auch auf das Münsterland und andere Gegenden übertragen werden kann, ist der Preis für Bier, Korn und Wein um mindestens 20 Prozent zu senken.

Der Landesparteitag erwartet die baldige Erfüllung dieses Antrages; dies ist durch ein Schwerpunkt-Investitionsprogramm zu gewährleisten. Die Landesregierung wird aufgefordert, eine Hopfenkonferenz unter Einschuß aller „Fachleute“ einzuberufen, um die erwartenden Alkoholpreise möglichst niedrig festzusetzen.“

Rau kündigt Fortschreibung des Nordrhein-Westfalen-Programmes an

Wolf Bierbach berichtet in „Forum West“ / Westdeutscher Rundfunk, II. Programm
(18. Juni 1979)

Moderatorin: Wie in Bremen bei den Freien Demokraten auf ihrem Bundesparteitag ging es auch bei den Sozialdemokraten Nordrhein-Westfalens in Herne um dieses Thema, nachdem Ministerpräsident Johannes Rau in seinem Amt als Vorsitzender der Partei bestätigt worden war. Hören Sie dazu Wolf Bierbach:

Ministerpräsident Johannes Rau: Ich bin ja bei diesen beiden Parteitagen gewissermaßen Spezialist für knappe Mehrheiten geworden. Ich will das ändern, es muß mehr werden.

Wolf Bierbach: Auf dem 5. ordentlichen Landesparteitag der SPD am Samstag in Herne machte der amtierende Landesvorsitzende, Ministerpräsident Johannes Rau, gleich zu Beginn seines einstündigen Rechenschaftsberichtes einen selbstironischen historischen Schlenker. Er erinnerte die mehr als 300 Delegierten an knappe Parteitagsentscheidungen der Vergangenheit. So hatte sich Rau im Juni 1977 auf dem 4. SPD-Landesparteitag in Duisburg erst im zweiten Wahlgang mit denkbar knapper Mehrheit von drei Stimmen gegen Arbeits- und Sozialminister Friedhelm Farthmann als Landesvorsitzender durchsetzen können, und auf einem Sonderparteitag wiederum in der Mercatorhalle in Duisburg war er im September des vergangenen Jahres mit nur 11 Stimmen Vorsprung vor Finanzminister Diether Posser zum Kandidaten der Sozialdemokraten für das Amt des Ministerpräsidenten gekürt worden, in das er wenig später auch vom Landtag gewählt wurde. Im Vorfeld des Herner Parteitages hatte es so ausgesehen, als ob Rau mit einer erheblichen Zahl von Gegenstimmen rechnen müsse, doch es kam ganz anders. In den Vorbereitungen der vier Parteibeiräte wurden die Delegierten am Samstagmorgen ganz auf Solidarität eingeschworen, und die wurde dann auch erzielt. 293 oder 95 Prozent der Delegierten gaben Johannes Rau ihr Ja, nur ganze 12 stimmten bei zwei Enthaltungen mit Nein. Dieses überzeugende Votum hatte Rau selbst nicht erwartet. Er räumte vor der Presse ein, er hätte schon 270 Ja-Stimmen für ein Traumergebnis gehalten. Die Einmütigkeit kam natürlich nicht zuletzt mit Blick auf die kommenden Wahlen zustande, vor allem die Kommunalwahlen vom 30. September, für die Rau folgende Losung ausgab.

Ministerpräsident Johannes Rau: Es war kein gutes Wort von Horst-Ludwig Riemer, daß er auf dem FDP-Parteitag vom Machtkartell der Oberbürgermeister gesprochen hat. Aber der Hinweis auf dieses Machtkartell der Oberbürgermeister veranlaßt mich zu dem Hinweis, da sind noch Plätze frei, da müssen noch einige hinzukommen, der Kreis muß erweitert werden.

Wolf Bierbach: Dieser Seitenhieb auf Riemer blieb übrigens die einzige Kritik am liberalen Koalitionspartner in Düsseldorf, der Rau in den letzten Wochen das Regieren nicht immer leicht gemacht hat. Um so schärfer nahm Rau natürlich die CDU-Opposition an, auch, um sich selbst zu rechtfertigen.

Ministerpräsident Johannes Rau: Seit 1970 dreht Heinrich Köppler jeden Dienstag um 14 Uhr im Landtag die Gebetsmühle seiner Pressekonferenz. Und außer den Grußworten hat er noch drei Worte, die kommen in jeder dieser Pressekonferenzen vor, „die Regierung ist entscheidungsarm; führungsschwach und verbraucht.“ Das ist seit Juli 1979 die These von Heinrich Köppler. Wir werden dafür sorgen, daß er sie mindestens bis 1985 immer wieder drehen kann, diese

Gebetsmühle, wenn ihm schon nichts anderes einfällt. Die Vollmundigkeit, mit der Heinrich Köppler solche Thesen verbreitet, sagt aber nichts über unsere Art des Regierens und des Handelns. Eine Union im Zerfall, eine Union, die im Personengerangel, voll beschäftigt ist, fällt für Sachfragen aus und schlingert herum und hat nicht mehr anzubieten als die Monotonie ihrer Gebetsmühle.

Wolf Bierbach: Als Beweis für die Handlungsfähigkeit seiner Regierung nannte er fünf Punkte: den nach langen Verhandlungen mit dem Bundesfinanzminister erzielten Ausgleich für den Ausfall der Lohnsummensteuer, das 10. Pflichtschuljahr, das der Landtag in der letzten Woche beschlossen hat, die Erteilung der 3. Teilerrichtungsgenehmigung für den Versuchsreaktor vom Typ „Schneller Brüter“ in Kalkar, die Ruhrkonferenz und die Abschaffung der Regelanfrage beim Verfassungsschutz bei der Einstellung von Beamtenanwärtern. Im Zusammenhang mit der Ruhrkonferenz kündigte Rau übrigens die Fortschreibung des unter seinem Vorgänger Heinz Kühn 1970 vorgelegten Nordrhein-Westfalen-Programms 1975 an.

Ministerpräsident Johannes Rau: Und wenn wir es als Gesamtregierung nicht hinkriegen, machen es die Sozialdemokraten auf ihre Rechnung und Gefahr und auf ihren Erfolg hin.

Wolf Bierbach: Hier deutete sich an, daß sich der Regierungschef des Regierungspartners doch nicht ganz so sicher ist. Aber nicht die Ruhrkonferenz, sondern die Kernenergiefrage und das Extremistenproblem waren die zentralen Punkte der Diskussion auf dem Parteitag. Den Delegierten lagen mehrere Anträge von Unterbezirken vor, auf den Ausbau der Kernkraftwerke überhaupt zu verzichten. Der Landesvorstand der Sozialdemokraten war ihnen mit einem Leitantrag begegnet, in dem einerseits der Kohle absolute Priorität bei der Energieversorgung eingeräumt wird, andererseits aber nicht auf die Kernenergie verzichtet wird. Die bestehenden Kernkraftwerke sollen vielmehr unter erhöhten Sicherheitsmaßnahmen weitergebaut und betrieben werden, und auch der Hochtemperaturreaktor bei Schmehausen soll weiterentwickelt werden, weil er Prozeßwärme für die Kohleverflüssigung liefern wird. Das bei Ahaus geplante Zwischenlager für ausgebrannte Reaktorelemente soll nach dem Willen der SPD allerdings nur dann genehmigt werden, wenn feststeht, wohin der Atom Müll nach der Zwischenlagerung gebracht wird. Weitere Teilerrichtungsgenehmigungen für den „Schnellen Brüter“ in Kalkar machte der Parteitag von dem Bericht der vom Bundestag eingesetzten Enquête-Kommission abhängig. Der Leitantrag zur Extremistenfrage entsprach im wesentlichen dem vor gut 14 Tagen gefaßten Beschluß der Landesregierung, Bewerber für den öffentlichen Dienst sollten über ihre besondere Treuepflicht zur Verfassung belehrt werden und eine Erklärung unterschreiben, daß sie keine verfassungsfeindlichen Bestrebungen unterstützen. Nach langen Diskussionen, in die auch fast alle sozialdemokratischen Mitglieder der Landesregierung eingriffen, beschloß der Parteitag, auf diese schriftliche Erklärung solle verzichtet werden, weil die geltenden Beamtengesetze ausreichen, um einen Beamten bei einem Verstoß gegen die Verfassung zu entlassen. Im Kern setzten sich aber auch hier Rau und der SPD-Landesvorstand durch, wurde auch Einigkeit nicht nur demonstriert. Die SPD in Nordrhein-Westfalen zeigte sich in Herne als konsolidierte und handlungsfähige Partei.

DIE PARTEIEN IN BEWEGUNG

Kommentar von Dr. Wolfram Köhler / Westdeutscher Rundfunk, II. Programm
(18. Juni 1979, 17.55 Uhr)

Wenn vor Wochen noch darüber geklagt wurde, daß die Parteien sich in starren Fronten unbeweglich gegenüber stehen, so trifft diese Beschreibung heute nicht mehr zu. Innerhalb von Nordrhein-Westfalen ist Bewegung in die politische Landschaft gekommen und die Parteien führen lebhaft interne Diskussionen, die sich freilich vor allem um Personen drehen. Doch Personen repräsentieren immer auch politische Ansichten.

Dabei stehen die Sozialdemokraten im Augenblick am besten dar. Sie haben am Wochenende ihrem Landesvorsitzenden Johannes Rau in einem Maße das Vertrauen ausgesprochen, wie das in dieser Eindeutigkeit vorher von ihm selbst nicht erwartet worden war. Verstummt waren auf dem SPD-Parteitag in Herne die selbstkritischen Debatten über Führungsschwäche. Nicht mehr geredet wurde von einer möglichen Amtentrennung zwischen Parteiamt und Ministerpräsidentenschaft. Rau ist in Herne bereits als der unumstrittene Spitzenkandidat der SPD für die bevorstehenden Wahlen herausgestellt worden. Diese Solidaritätskundgebung wird den Sozialdemokraten neues Selbstbewußtsein geben.

Aber während sich die SPD schon in der Hoffnung wiegt, bei der Landtagswahl 1980 wieder stärkste Partei in Nordrhein-Westfalen werden zu können, klappt die FDP als Koalitionspartner immer mehr zusammen. Die Freien Demokraten wollen ihren Parteivorsitzenden Riemer nicht länger ertragen. Das haben sie in der vergangenen Woche in mehreren internen Sitzungen deutlich bekundet. Weitere Veranstaltungen dieser Art werden folgen. Die FDP wird auf diese Weise noch eine Weile mit sich beschäftigt sein. Dabei lauten die offenen Fragen: wann wird Riemer abgelöst und wie? Wer soll ihn ersetzen als Parteivorsitzender und als Wirtschaftsminister? Denn ein Politiker, dem die eigene Partei die Führungsqualitäten abspricht, wäre, bliebe er in der Regierung, als Minister auch nur noch ein Gespött. Längst werden Namen genannt: Graf Lambsdorff als neuer FDP-Landesvorsitzender und Lieselotte Funcke als künftige Wirtschaftsministerin, also die Vizepräsidentin des Bundestages, die aus Hagen stammt und bei den Freien Demokraten Nordrhein-Westfalens politisch groß geworden ist. Abgesehen davon, daß sie beide nicht übermäßig drängen, reichen die personellen Sorgen der FDP aber noch weiter. Innenminister Hirsch will auf keinen Fall länger als bis 1980 im Amt bleiben. Er strebt wieder zurück in den Bundestag. Und der Fraktionsvorsitzende Hans Koch wird 1980 aus Altersgründen nicht mehr kandidieren. Drei wichtige Posten also sind bei der FDP neu zu besetzen. Die Freien Demokraten werden deutlich machen müssen, daß sie in der Lage sind, diese Vakanzen mit überzeugenden Politikern auszufüllen.

Die Unruhe, die gegenwärtig bei der CDU herrscht, kommt von außen. Strauß oder Albrecht — diese Frage spaltet auch in unserem Lande die Basis in zwei ungleiche Hälften. Dabei wäre die Mehrheitsgruppe der Albrecht-Freunde aber geneigt, Strauß hinzunehmen, wenn die Einheit der Union damit aufrecht erhalten bleiben könnte. Biedenkopf und Köppler sind an den zahlreichen Treffen und Hintergrundgesprächen führender CDU-Politiker intensiv beteiligt. Sollte der Kandidat Strauß heißen, dann würde mehr ein Seufzen denn ein Aufatmen durch die Reihen der Partei gehen — und die Stellung Köpplers und Biedenkopfs würde dadurch nicht einfacher werden. Sie müssen sich dann auch darauf einrichten, daß durch einen CDU-Kandidaten Strauß sich das Ruhrgebiet herrlich zu gunsten der SPD mobilisieren lassen würde. Auf dem Parteitag in Herne klang es manchmal so, als würde die SPD nur darauf warten.

SPD in Nordrhein-Westfalen von der Harmonie im eigenen Lager überrascht

Landesparteitag in Herne wurde zu einer Demonstration der Geschlossenheit

Von Christoph Lütger

Düsseldorf (Inw). So schnell kann das gehen: Da hatten sich in der nordrhein-westfälischen SPD vor wenigen Monaten noch Depression und Mäkelerei am Partei- und Regierungschef Rau breitgemacht, und am vergangenen Wochenende überraschten sich auf dem Landesparteitag in Herne die Genossen selbst mit einer Demonstration der disziplinierten Geschlossenheit, des Kampferwillens und der Siegeszuversicht. Mehr als 95 Prozent der Delegierten-

stimmen für Rau — selbst alte Fabrikanten der Partei können sich nicht erinnern, daß es so etwas schon einmal gegeben hatte —, faire Diskussionen, keinerlei Flügelkämpfe und überzeugende Mehrheitsergebnisse im Sinne des Vorstandes zu so brisanten Themen wie Kernenergie und Extremistenproblematik. Die Harmonie war schon verblüffend. Den zahlenmäßig wie inhaltlich überzeugenden innerparteilichen Erfolg für Rau führen maßgebliche Genossen auf mehrere Ursachen zurück.

Bei vielen in der Partei habe sich die Einsicht breitgemacht, daß Raus sehr behutsamer Führungsstil — lange Zeit auch als Führungsschwäche verschrien — offenkundig die richtige Methode ist, um bei immer komplizierteren Sachverhalten und mit einem oft schwierigen, mitunter sogar unberechenbar wirkenden Koalitionspartner, der FDP, klarzukommen. „Was haben wir trotz dieser FDP am Ende aber eben doch mit ihr alles hingekommen, wieviele Konfliktmöglichkeiten wurden weggeräumt“, rechnete ein SPD-Spitzenpolitiker auf und führte als Beispiele an: Lehrerausbildung, zehntes Schuljahr, Abschaffung der Regelanfrage bei Einstellungen in den öffentlichen Dienst.

Deutlich wurde in Herne auch, wie vorbildlich loyal die Landesminister Farthmann und Posser zu ihrem Kabinettschef stehen. Jeweils nur ganz knapp hatten

sie in den vergangenen Jahren Kampfabstimmungen einmal um den Parteivorsitz (Farthmann) und zum anderen um die Ministerpräsidentenkandidatur (Posser) gegen Rau verloren. In Herne hatten sie ihre Gefolgsleute für den ehemaligen Rivalen mobilisiert.

Voll genutzt hat die nordrhein-westfälische SPD ihre Chance, sich in Herne als stabile Kraft zu präsentieren, die weil die oppositionelle CDU mit dem Unionsstreit um den Kanzlerkandidaten beschäftigt ist und die Landes-FDP unter einer schweren Führungskrise leidet.

Der Wunsch, er möge den bei vielen Sozialdemokraten ungeliebten Koalitionspartner doch nun auch mal deutlich annehmen, um die derzeitige konditionelle Überlegenheit der SPD herauszustreichen, war wiederholt an Rau herangetragen worden. Begrün-

dung: „Umgekehrt hätte es die FDP bestimmt so gemacht.“ Der aber untersagte sich jede arrogante Genugtuung. Nur zwei sehr zurückhaltend formulierte Bedingungen für eine Fortsetzung des Bündnisses mit der FDP nach der Landtagswahl im Mai 1980 — flächendeckende Einführung der Gesamtschule als Angebotsschule, kein Zerreden einmal gefaßter Beschlüsse —, mehr war nicht drin.

Auffallend oft wiederholte Rau in Herne geradezu beschwörend seine Forderung, die SPD müsse aus der Landtagswahl im kommenden Mai als stärkste Fraktion hervorgehen. Wenn auch unausgesprochen spielte mit Sicherheit der Hintergedanke eine entscheidende Rolle, daß nach dem d'Hondtschen Zählverfahren die SPD dann auf die absolute Mehrheit der Mandate käme, würde die FDP unter die magische Fünf-Prozent-Grenze absacken.

Ergebnis fast erschreckend gut

SPD-NRW: Einschwenken auf Energiepolitik des Kanzlers. Von Bo Frenkel

Sanfte Zähmung der Partei durch Johannes Rau, Selbstbewußtsein gegenüber den Liberalen, Votum für „behutsame“ Nutzung der Kernenergie, Rücksicht auf Bürgersorgen – der Landesparteitag der nordrhein-westfälischen SPD zeigte Geschlossenheit.

Die nordrhein-westfälischen Sozialdemokraten fühlen sich im Aufwind: Dafür sind nicht nur die Führungsinstanzen in der sogenannten Union oder bei den Düsseldorfer Koalitionspartnern von der FDP verantwortlich, sondern die SPD an Rhein und Ruhr hat nach anfänglichem Zögern ihre eigene Führungsfrage klar und deutlich entschieden. Johannes Rau ist der Durchbruch gelungen. Sein Stil in der Partei, aber auch im Kabinett, hat sich durchgesetzt. Der „gute Mensch aus Wuppertal“ ist oben.

Auf dem Herner Landesparteitag am vergangenen Wochenende gab es keine Frage nach der Doppelbelastung von Amt und Mandat, nur selten und dann verhalten Kritik an Rau. Geschlossenheit hieß die Devise. Und so zielte die Wiederwahl Raus zum Landesvorsitzenden vom Ergebnis her schon

fast erschreckend gut aus: Von 307 Delegierten stimmten bei zwei Enthaltungen 293 für, zwölf gegen ihn. Der so gewährte Vertrauensvorschuß, Ergebnis auch der Regierungsarbeit Raus, der den leidigen Extremistenbeschuß kippte und die Ruhrkonferenz zum Erfolg führte, ist indes angesichts der bevorstehenden Wahlkämpfe im größten Bundesland auch als Ansporn zu verstehen. Rau will bei den Kommunalwahlen am 30. September aus Nordrhein-Westfalen ein „Land sozialdemokratischer Gemeinden“ machen. Ein halbes Jahr später, am 11. Mai 1980, lautet das Ziel bei der Landtagswahl: stärkste Fraktion im Düsseldorfer Parlament. Und bei den Bundestagswahlen im Oktober desselben Jahres soll Schmidt „mit einem noch größeren Vertrauensbeweis ausgestattet“ werden. Zudem will Rau den derzeit bei 300 000 stagnierenden Mitgliederbestand um zehn Prozent aufstocken.

Die „Politik der Zuwendung“, wie sie Rau betreibt, hat die eigene Partei indessen sanft gezähmt. Unangefochten hat sich selten ein Landesvorsitzender behauptet. Da kam sein Stellvertreter Christoph Zöpel, dessen po-

litische Karriere bis hin zum Bundesratsminister manchem Hinterbänkler in der eigenen Fraktion ein Dorn im Auge ist, schon ausgesprochen schlecht davon. Ihm verpassten die Delegierten einen „Denkzettel“. Sicher gelang dagegen Friedhelm Farthmann, vor zwei Jahren Rau im Wettstreit um den Landesvorsitz knapp unterlegen, der Sprung in den Vorstand.

Gesamtschule als Bedingung

Das gestiegene Selbstbewußtsein in der nordrhein-westfälischen SPD macht auch vor den liberalen Bündnispartnern nicht halt. Rau will ein Nordrhein-Westfalen-Programm 1985 (zuletzt gab es ein NWP 1975) auch dann, wenn die FDP, der er die Fortsetzung der Koalition angeboten hat, nicht mitzieht. Und für die Verlängerung des sozialliberalen Bündnisses diktiert Rau den in Existenznöten schwabenden Freidemokraten schon seine Bedingungen: auf keinen Fall ohne die flächendeckende Einführung der Gesamtschule als Angebotsschule.

Sachlich bemerkenswert wird der Herner Parteitag insbesondere durch sein eindeutiges Votum für die „behutsame“ Nutzung der Kernenergie, wobei nach wie vor die nordrhein-westfälische Bedingung gilt, daß die Kohle Vorrang haben müsse. Weiter müsse das Entsorgungsproblem gelöst werden. Andere Bundesländer hätten sich zu einem stärkeren Einsatz von Steinkohle bei der Stromerzeugung zu verpflichten.

Unbestritten ist aber angesichts der Ereignisse im Iran, daß die Politik „weg vom Öl“ fortgesetzt und verstärkt werden müsse. Deshalb, so fordert der Parteitag, müsse „die Landesregierung ihren Beitrag zur Sicherung des technischen Wissens auf dem Gebiet der Kernenergie in der Bundesrepublik leisten“. Das heißt konkret: Weiterbau des Hochtemperaturreaktors, der helfen soll, Kohle zu verflüssigen oder zu vergasen. Auch der Schnelle Brüter ist damit bei weitem nicht abgeschrieben.

Das Einschwenken auf Schmidts Energiepolitik, bis vor kurzem kaum denkbar, will sich Rau jedoch nicht mit düsteren Aussichten auf die bevorstehenden Wahlgänge verweisen lassen. Er gedenkt auch den Bürgersorgen Rechnung zu tragen, die SPD zum Kummerkasten der Nation zu machen. Einen Anfang hat Rau bereits gesetzt und Kontakt mit dem Bundesverband der Bürgerinitiativen aufgenommen.